



## ISRAELS SICHERHEIT UND DIE SIEDLUNGEN

MOLAD, THE CENTER FOR THE RENEWAL OF ISRAELI DEMOCRACY | 2017

Die israelische Öffentlichkeit geht davon aus, dass die Siedlungen im Westjordanland eine Schlüsselrolle für Israels Sicherheit spielen. Die folgende Studie zeigt nun allerdings, dass die zivilen Siedlungen dort nicht nur wenig zur Sicherheit beitragen, sondern gar eine Sicherheitsbelastung für den israelischen Staat darstellen.

Nach sorgfältiger Analyse kommt diese Untersuchung zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Zwischen ziviler israelischer Präsenz in den Gebieten (Siedlungen) und militärischer israelischer Präsenz in den Gebieten (IDF und Shin Bet) muss klar unterschieden werden.
- Spätestens vor 15 Jahren haben die Prämissen des Allon-Plans (1967) ihre strategische Relevanz verloren.
- Die Siedlungen erschweren den Schutz israelischer Staatsbürger vor palästinensischem Terror.
- Die Siedlungen verlängern die Grenzlinie, die von israelischen Truppen verteidigt werden muss.
- Die IDF muss die Hälfte ihrer Truppen im Westjordanland stationieren; in gewissen Zeiten sind es sogar zwei Drittel.
- Im Gegensatz zur weit verbreiteten Annahme, befassen sich die im Westjordanland stationierten Truppen mehrheitlich nicht mit Terrorbekämpfung. Sie wenden weniger den Terror gegen die Zivilbevölkerung innerhalb Israels ab, als dass sie die Siedlungen schützen.
- Die Sperranlage hat erwiesenermaßen zu mehr Sicherheit geführt. Und dennoch verhindert die Führung der Siedlerbewegung ihre Fertigstellung aus politischen Gründen.

Verfasst von:



## **ISRAELS SICHERHEIT UND DIE SIEDLUNGEN**

Forschung und Text: Avishay Ben Sasson-Gordis  
Text und Redaktion: Yonatan Levi  
Recherchen: Shai Agmon  
Begleitung und Redaktion: Avner Inbar und Assaf Sharon

© Sämtliche Rechte sind Molad vorbehalten,  
Molad – the Center for the Renewal of Israeli Democracy, Ltd. 2017

Lloyd George St. 6, Jerusalem  
info@molad.org

2017

## Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung und wesentliche Forschungsergebnisse .....	3
Kapitel 1: Von Strategie zum Vorwand: Zur Geschichte des Sicherheitsarguments .....	5
Kapitel 2: Siedlungen als Sicherheitslast .....	9
Kapitel 3: Sicherheit ohne Siedlungen .....	17
Zusammenfassung: Der Kampf um die Sicherheit .....	26
Anhang: Generalmajor der Reserve Gershon HaCohen: Mehr Sicherheit durch Siedlungen – eine Stellungnahme .....	27

## Einleitung und Forschungsergebnisse

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist Israels zentrale Sicherheitsherausforderung. Die eigentliche Komponente dieses Konflikts ist territorial, wenngleich sich dieser Konflikt nicht auf ein einzelnes Element reduzieren lässt. Schon seit Jahren lässt sich der territoriale und eigentliche Aspekt des Konflikts nicht mehr von der Frage der Siedlungen trennen. Obwohl Sicherheitsfragen in Israel im Mittelpunkt öffentlicher Debatten stehen, wird trotz der zentralen Rolle, die den Siedlungen bei einer zukünftigen Lösung des Konflikts zukommt, seit Jahren nicht mehr verantwortungsbewusst über die Konsequenzen der Siedlungen für Israels nationale Sicherheit debattiert. Das vorliegende Dokument soll diese Lücke anhand von umfassenden, auf Zahlen und Fakten basierenden Analysen schließen, die auf Konsultationen mit Sicherheitsexperten beruhen. Dabei will dieses Dokument die Debatte keineswegs abschließen, sondern vielmehr wiederbeleben in der Hoffnung, dass es selbst im politischen Klima der Rechten möglich sein wird, zum Wohl aller Bürger Israels ausgewogen und sachlich zu diskutieren.

Zurzeit sind die Siedlungen im Westjordanland für viele Israelis im Hinblick auf die Sicherheit positiv behaftet. Der Mythos, demnach die Siedlungen die „kugelsichere Weste der Dan Region“, also des Zentrum Israels<sup>1</sup> seien, ist weit verbreitet. Über die Hälfte der Israelis messen dem Siedlungswerk auf der anderen Seite der Grünen Linie eine sicherheitspolitische Bedeutung bei.<sup>2</sup> Dieses Image resultiert unserer Meinung nach aus einer Verschmelzung von zwei separaten Komponenten. In der politischen Fantasie vieler Israelis vermischen sich militärische und zivile Präsenz in

<sup>1</sup> Beispielsweise im Channel 20: „Israels kugelsichere Weste“, Juni 2016: <http://bit.ly/2ny9qn>. Yedioth Ahronoth: „Die Dan Region ist terrorfrei, weil Atniel den Terror abfängt“, Juli 2016: <http://bit.ly/2mONaZA>; Webseite des Siedlerrates: „Siedlungen gegen Raketen“: <http://bit.ly/2o5CBRH>.

<sup>2</sup> Siehe beispielsweise Molad-Umfrage von 2015: 52% der Befragten sind der Meinung, dass die Siedlungen zur Sicherheit Israels beitragen, während nur 35% meinen, dass sie Israels Sicherheit beeinträchtigen (S.18): <http://bit.ly/2mOWAEz>. Die Molad-Umfrage von 2015 zeigt aber auch, dass es in der israelischen Bevölkerung eine Mehrheit für ein Abkommen mit den Palästinensern gibt (S.6). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine neuere Umfrage vom Tami Steinmetz Center for Peace Research (2017), derzufolge 55% der Israelis eine Zweistaatenlösung befürworten: <http://bit.ly/2ofBNHn>.

den Gebieten. Selbstverständlich haben die Befürworter der Siedlungen ein Interesse an der Verwischung beider Aspekte, denn ohne eine scharfe Trennung lässt sich keine verantwortungsbewusste Debatte über die sicherheitspolitischen Konsequenzen der israelischen Präsenz im Westjordanland, der Verewigung (durch Annektierung des Westjordanlands), oder Beendigung der Präsenz (durch einseitigen Rückzug oder durch Rückzug im Zuge eines Abkommens) führen. Die Herausarbeitung dieser Trennung ist somit eines der Hauptanliegen dieses Dokumentes.

Wie aus diesem Dokument hervorgeht, trägt die Präsenz israelischer Zivilisten in den Gebieten in keinsten Weise zur Sicherheit Israels bei, sondern ist stattdessen eine schwere Sicherheitsbelastung für den Staat. **Die Annahme, dass die Siedlungen in den Gebieten zur Sicherheit Israels beitragen, mag in der Vergangenheit richtig gewesen sein. Heute trifft sie längst nicht mehr zu. So lautet der fast ungebrochene Konsens unter führenden israelischen Militärs.** Die israelischen Staatsbürger, die über das gesamte Westjordanland verstreut leben, tragen nicht zur Sicherheit des Landes bei. Sie sind eine Belastung für die israelischen Sicherheitskräfte. Sie verschlingen einen beachtlichen Teil der Sicherheitsressourcen und verlängern die Verteidigungslinien, wodurch unzählige Reibungspunkte entstehen. Der Schutz israelischer Bürger inmitten von palästinensischen Gebieten stellt zusätzliche Sicherheitsanforderungen an die israelischen Streitkräfte, oft mit negativen Folgen für die Verteidigung israelischer Staatsbürger vor palästinensischem Terror.

Selbstverständlich ist es das gute Recht der israelischen Öffentlichkeit, sich für die Sicherheitslast der Siedlungen zu entscheiden, doch sollte ein solcher Beschluss überlegt gefällt werden. Die Diskussion hierüber sollte auf einer ernsthaften Analyse und einer korrekten Darstellung von Fakten fußen.

Nach sorgfältiger Analyse kommt dieses Dokument zu folgenden Schlussfolgerungen:

- **Zwischen ziviler israelischer Präsenz in den Gebieten (Siedlungen) und militärischer israelischer Präsenz in den Gebieten (IDF und Shin Bet) muss klar unterschieden werden.** Oftmals vermischt die Siedlerlobby diese beiden Formen der Präsenz, weil

so der irreführende Eindruck entsteht, als gebe es eine zwingende Korrelation zwischen militärischem Vorgehen, Terrorbekämpfung und Siedlungen auf der anderen Seite der Grünen

Linie. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch genau umgekehrt. Es sind nicht die Siedlungen, die für die israelischen Sicherheitskräfte arbeiten, sondern die israelischen Streitkräfte für die Siedlungen.

- **Spätestens vor 15 Jahren haben die Prämissen des Allon-Plans (1967) ihre strategische Relevanz verloren.** Die ursprüngliche Verknüpfung von Siedlungen und Sicherheit erfolgte unmittelbar nach dem Sechstagekrieg im Rahmen des Allon-Plans. Im Grunde hat der Plan das Siedlungs- und Sicherheitsrational, das von der Zionistischen Bewegung bis zur Staatsgründung verfolgt worden ist, ganz einfach fortgesetzt. Doch selbst wenn eine solche Position Ende der Sechziger Jahre sicherheitspolitisch noch sinnvoll gewesen sein mag, hat diese Auffassung heute angesichts der geopolitischen Veränderungen im Nahen Osten, der Stärke der israelischen Armee und der veränderten Rolle, die der Zivilbevölkerung in Kampfsituationen zukommt, seine Gültigkeit verloren.
- **Die Siedlungen erschweren den Schutz israelischer Staatsbürger vor palästinensischem Terror.** Siedlungen beeinträchtigen die Sicherheit. Dies kommt sowohl auf strategischer (eine umfassende staatliche Politik) wie auch auf operativer Ebene (der Einsatz von Truppen vor Ort) zum Tragen.
- **Siedlungen verlängern die Grenzlinie, die von israelischen Truppen verteidigt werden muss.** Durch die Siedlungen wird die Trennlinie zwischen Israel und dem Westjordanland selbst extrem konservativen Schätzungen zufolge mindestens um das Fünffache verlängert. Der Schutz von Zivilisten inmitten von palästinensisch bevölkerten Gebieten auf der anderen Seite der Grünen Linie erschwert die Arbeit der israelischen Armee merklich.
- **Die IDF muss die Hälfte ihrer Truppen im Westjordanland stationieren; in gewissen Zeiten sind es sogar zwei Drittel** der Kampftruppen. In den Gebieten werden demnach mehr Truppen benötigt als an allen restlichen Fronten zusammen (Libanon, Syrien, Gazastreifen und Arava-Tal). Siedlungen lassen sich nur mit großem Truppenaufgebot wirksam schützen. Das ergibt sich aus dem besonderen Charakter der Mission. Denn die israelische Bevölkerung im Westjordanland lebt in einem ihr feindlich gesinnten Umfeld.
- Im Gegensatz zur weit verbreiteten Annahme, befassen sich die im Westjordanland stationierten Truppen mehrheitlich nicht mit Terrorbekämpfung. Sie wenden weniger den Terror gegen die Zivilbevölkerung innerhalb Israels ab, als dass sie die Siedlungen schützen. Schätzungen zufolge beschäftigen sich 80% der Truppen in den Gebieten mit der Bewachung von Siedlungen, während sich nur die verbleibenden 20% auf den Schutz des Staates entlang der Grenzen von 1967 konzentrieren.
- Die Sperranlage hat erwiesenermaßen zu mehr Sicherheit geführt. Und dennoch verhindert die Führung der Siedlerbewegung ihre Fertigstellung aus politischen Gründen. Mit dem Bau der Sperranlage wurde bereits vor 15 Jahren begonnen, aber noch immer sind 40 Prozent der Anlage nicht fertiggestellt.
- Siedlungen beeinträchtigen die Vorbereitung der israelischen Streitkräfte für den Notfall. Sie sind eine finanzielle Belastung für den Sicherheitsapparat. Zwischen den Interessen der Siedler und den fachlichen Erwägungen des Militärs kommt es zu ständigen Auseinandersetzungen. Die IDF muss sich mit jüdischen Terrorgruppierungen auseinandersetzen, die der Einheit der Gesellschaft schaden.

Dem Dokument liegen Recherchen von Avishay Ben Sasson-Gordis, Reservemajor im Nachrichtendienst, zugrunde. Ben Sasson-Gordis ist Promotionsstudent im Bereich Governance an der Universität Harvard und ist Research Fellow am Molad-Center. Bei der Analyse professioneller Inhalte mit Sicherheitsbezug hat sich Molad auf

Gespräche mit Experten für Sicherheit und Strategie gestützt. So haben wir mit General der Reserve Amos Malka, General der Reserve Moshe Kaplinsky, General der Reserve Gadi Shamni, Generalmajor der Reserve Noam Tibon und Brigadegeneral der Reserve Baruch Spiegel gesprochen. Wir danken ihnen und anderen Gesprächspartnern für die Bereitschaft, uns ihre Zeit und Fachkenntnisse zur Verfügung zu stellen.

## Kapitel 1

### Von Strategie zum Vorwand: Zur Geschichte des Sicherheitsarguments

Vom ersten Tag an war das Siedlungswerk nicht sicherheitspolitisch, sondern religiös und ideologisch motiviert. Der Glaube an den alleinigen Anspruch auf das Land hat die Anhänger von Rabbiner Zvi Yehuda Kook unmittelbar nach dem Sechstagekrieg in Hebron und Gush Ezion siedeln lassen. Dieselbe Kraft treibt die Führungsspitze der Siedler bis zum heutigen Tag an. Den ursprünglichen Bezug zwischen Siedlungen und Sicherheit stellte die Maarach-Regierung her, die einen Teil der im Krieg besetzten Gebiete besiedeln wollte, um die israelische Position bei der nächsten Runde kriegereischer Auseinandersetzungen zu stärken oder Israels Position im Hinblick auf zukünftige Verhandlungen mit arabischen Staaten zu verbessern.

1967 legte Yigal Allon einen Plan zur umfangreichen Besiedlung von Gebieten auf der anderen Seite der Grünen Linie auf den Regierungstisch. Obgleich Allon das Ressort des Arbeitsministers innehatte, galt er aufgrund seiner Erfahrung als Palmach-Kommandant und IDF General in puncto Sicherheit als Autorität. Der Allon Plan knüpft an die zionistischen Einstellung zum Siedlungswerk vor Staatsgründung an. Die Josef Trumpeldor zugeschriebene Äußerung drückt diese Haltung am besten aus: „Unsere Grenze verläuft dort, wo der letzte jüdische Pflug seinen Graben zieht.“ Um ein Territorium zu beherrschen, müssen also Zivilisten in ihm leben. Eine solche Einstellung lässt sich oft bei jungen Nationalbewegungen finden, die staatlich noch nicht organisiert sind und sich in einer territorialen Auseinandersetzung mit einer anderen nationalen Bewegung befinden.

Damals schlug Allon die Gründung von Siedlungen in den Gebieten um Jerusalem sowie im östlichen Teil der Westbank als Antwort auf Israels „schmale Taille“ und die militärische Bedrohung von Osten vor. Mit Ausnahme der Zufahrtsstraße nach Jerusalem sollten jüdische Siedlungen nur in dünn besiedelten palästinensischen Gebieten gegründet werden. Allons Plan verfolgte jedoch noch ein weiteres Ziel. Im Hinblick auf zukünftige Gebietsverhandlungen wollte er Fakten vor Ort schaffen. Ein Teil der Siedlungen sollte im Gegenzug für eine politische Lösung zurückgegeben werden.<sup>3</sup> Selbst wenn der Allon-Plan von der Regierung nie offiziell ratifiziert worden ist, so hat er in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg mehreren Maarach-Regierungen bei der Siedlungsgründung als Grundsatzpapier gedient. Gush Emunim hat mehrmals versucht, in vom Allon-Plan nicht erfassten Gebieten wie Samaria oder Efrata zu siedeln, was beim damaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin auf heftigen Widerstand stieß.<sup>4</sup>

Die politische Wende des Jahres 1977 brachte auch ein scharfes Umdenken der israelischen Regierung in Bezug auf die Siedlungspolitik mit sich. Unter Landwirtschaftsminister Ariel Sharon wurde in sämtlichen Teilen der Westbank massiv gebaut. Zu diesem Zeitpunkt waren die Überlegungen, die dem Siedlungswerk zugrunde lagen, schon nicht mehr militärischer, sondern vor allem politischer Natur und stark vom Palästinenserkonflikt geprägt. Die nächste Siedlungswelle baute vor allem auf Bergrücken, im Jordantal und um die palästinensischen Viertel von Ostjerusalem herum. Ihr Ziel war es, die zukünftige Gründung eines Palästinenserstaates zu verhindern. Im Gegensatz zur Vergangenheit wurden Siedlungen nun nicht mehr an Orten von militärischer Relevanz gegründet, sondern tief landeinwärts in der Nähe von arabischen Dörfern oder an sehr gefährlichen Orten.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Yeshayahu Volman, Die Geschichte der Sperranlage – Menschen sich selbst überlassen?, Carmel Verlag, 2004.

<sup>4</sup> Volman, S.32. Im Weiteren siehe: Akiva Eldar und Edith Zertal, Die Herren des Landes: Die Siedler und der Staat Israel 1967-2004, Kinneret Verlag, Zmora Bitan, Dvir, 2004, S.294-299.

<sup>5</sup> Volman, S.4-33.

## Der Allon-Plan (1967)

*Mit der freundlichen Genehmigung von Shaul Arieli*

Um den Siedlungsbau voranzutreiben, wurde das Sicherheitsargument nach außen auch weiterhin bedient. Seit der Gründung von Kiriath Arba im Jahr 1971 schob man das Argument der „Sicherheit“ vor allem zur Rechtfertigung der Landnahme von Gebieten in palästinensischem Privatbesitz vor, auf denen Siedlungen errichtet werden sollten. Bei einem Teil der Fälle wurde das Vorgehen der Siedler vom Obersten Gericht unter dem Verweis genehmigt, dass die Siedlungen der israelischen Armee ein „verlässliches Hinterland“ bereiteten. Diese Haltung des Gerichts änderte sich 1979 im Fall von Allon Moreh.<sup>6</sup> Im Rahmen von Sharons Siedlungsplan wurde privates Land in der Gegend von Nablus beschlagnahmt, um einer Gruppe von Gush Emunim-Anhängern die Verwirklichung ihrer Vision zu ermöglichen, in Samaria zu siedeln. Die palästinensischen Landbesitzer wandten sich ans Oberste Gericht, das die Räumung der Siedlung anordnete. Die Richter waren zu der Überzeugung gelangt, dass die Siedler rein ideologisch und nicht, wie behauptet, sicherheitspolitisch motiviert waren. Zu diesem historischen Urteil trug ein Gutachten des einstigen Generalstabchefs Chaim Bar-Lev, Generalleutnant der Reserve, und von General der Reserve Chaim Mati Peled bei, die davon ausgingen, dass die Siedlung nicht zur Sicherheit beitragen, sondern eine größere Sicherheitslast für die IDF darstellen würde.

Das Argument der Sicherheit geht auf das Siedlungskonzept zur Zeit der Staatsgründung zurück. Im Laufe der Jahre hat diese Argumentation dann allerdings an Inhalt verloren und wurde zu einem zynischen Mittel reduziert, das die Aneignung von privatem palästinensischem Grundbesitz ermöglichte.

Die jahrelange Bedienung des Sicherheitsjargons zum Zweck der Beschlagnahmung von palästinensischem Grundbesitz hat den weit verbreiteten assoziativen Bezug zwischen Siedlungen und Sicherheit verstärkt. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Siedlungen dienen nicht der Sicher-

heit, sondern die Sicherheit dient den Siedlungen.

## Wie der Allon-Plan seine Relevanz verlor

Das Sicherheitskonzept des Allon-Plans mag in der Vergangenheit zugetroffen haben. Allerdings hat es in den Jahrzehnten nach seiner Formulierung an Relevanz verloren. Drei historische Entwicklungen haben dem Sicherheitsargument der Siedlungen den Boden unter den Füßen weggezogen.

### 1. Von gefährlicher Grenze zu bedeutungsloser Front: Die konventionelle Bedrohung von Osten ist verschwunden

Israel brauchte einen Sicherheitsgürtel, der den Vormarsch arabischer Truppen von Osten, aus dem Irak oder aus Jordanien, hinauszögern sollte. Aus diesem Grund hatte Israel ursprünglich an der Westbank festhalten wollen. Die Regierung hatte ihre Lektion aus den Erfahrungen im Unabhängigkeits- und Sechstagekrieg gelernt und wollte die „enge Taille“ der Landesmitte verbreitern, um eine strategische Tiefe zu schaffen, die es Israel ermöglicht, feindliche Truppen rechtzeitig aufzuhalten.

Aufgrund geopolitischer Veränderungen im Nahen Osten besteht eine solche Bedrohung mittlerweile längst nicht mehr. Seit Unterzeichnung eines bis heute stabilen Friedensabkommens gehört Jordanien nicht mehr zum Kreis der Konfrontationsstaaten.<sup>7</sup> Mit der Besetzung des Irak im Jahr 2003 durch eine internationale, von den Vereinigten Staaten angeführte Koalition ist auch die Bedrohung durch die irakische Armee nicht länger existent. Iranische Raketen sind Israels letzte verbleibende Gefahr aus Richtung Osten. Doch bietet eine Besetzung des Westjordanlandes keinen Schutz vor Raketen.<sup>8</sup> Folglich hat die Sicherheitslogik des Allon-Plans in den letzten zehn Jahren, vielleicht sogar schon vorher, ihre Gültigkeit verloren.

Allerdings scheint das den Vorsitzenden der Par-

<sup>6</sup> Oberstes Gericht 390/90 – Davidka gegen den Staat Israel und andere.

<sup>7</sup> Schon zuvor war die Bedrohung aus dem Irak größer; aber nach dem Friedensabkommen mit Jordanien blieb sie als einzige relevante Bedrohung.

<sup>8</sup> Siehe Arbeitspapier von Avner Simhoni, „Strategische Tiefe und Israels östliche Front: Die Konfrontation der Bedrohung von Osten und die militärische Präsenz in der Westbank“, Universität Tel Aviv, Juni 2016. <http://bit.ly/2oOut9o>.

tei „Jüdisches Heim“, Naftali Bennett, wenig zu stören. In einem populären Werbespot mit dem Titel „Beruhigungsplan“ präsentiert er ein Schreckensszenario. Ein iranischer Panzer donnert über Jordanien in Richtung Israel.<sup>9</sup> Im strategischen Handbuch des Jüdischen Heims bleiben Siedlungen für Israels Sicherheit von essenzieller Bedeutung. Auf den Rücken samarischer Berge werden sie zukünftig die iranischen Panzer aufhalten. Zur Aussage des Films: Entweder verfügen Bennett und seine Anhänger über eine besorgniserregende Unkenntnis der Lage oder sie haben überhaupt kein Problem damit, die israelische Öffentlichkeit anzulügen. Ein Panzerangriff aus dem Iran ist kein plausibles Szenario. Der Iran verfügt über wesentlich effizientere Wege, Israel anzugreifen. Dazu müssen sich iranische Truppen nicht erst der israelischen Grenze nähern<sup>10</sup>. Damit werden auch israelische Zivilisten im Westjordanland überflüssig.

Doch nehmen wir einmal an, dass der Iran eines schönen Morgens beschließt, seine veralteten Panzerdivisionen über Tausende von Kilometern in Richtung Dan Region (das Zentrum Israels) rollen zu lassen. Lange bevor sie Israel erreicht hätten, würden sie vom israelischen Nachrichtendienst gesichtet und von der IDF vernichtet werden. Sie würden gar nicht erst in die Region gelangen. Doch der Siedlerrat warnt. Ohne Siedlungen werden feindliche Panzer bis tief ins israelische Hinterland vordringen. „Im anfälligen Bauch des Staates wird Israel einen Blitzkrieg führen müssen.“<sup>11</sup> Ein solches Szenario ist eine absolute Irreführung der Öffentlichkeit. Die IDF würde den iranischen Panzerangriff nicht erst kurz vor Kfar Saba (israelische Stadt im Osten Israels) bemerken und mit Sicherheit nicht geduldig in den Vororten der Dan Region warten. Schon heute ist die israelische Armee in der Lage, einen breit angelegten Bodenangriff von Osten lange vor Grenzlinie aufzuhalten. Selbst wenn es zu einer konventionellen Bodenschlacht in den Gebieten der Westbank kommen sollte, hätten zivile Siedlungen in so einem Kampf keine Aufhaltfunktion.

Aber zurück zur Realität. Im Westjordanland sieht

sich die IDF nicht mit konventionellen militärischen Angriffen konfrontiert, sondern mit der Verhinderung von Anschlägen gegen israelische Staatsbürger. Jede Siedlung mit israelischen Staatsbürgern östlich der Grünen Linie ist eine Schwachstelle. Im Kampf gegen den Terror helfen Siedlungen der israelischen Armee nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben eindeutig negative Auswirkungen auf das militärische Vorgehen. In unmittelbarer Nähe zu palästinensischen Ortschaften sind die Siedler mobile Zielscheiben. Das Eindringen in die Siedlungen ist nicht schwierig; Informationen für einen Terroranschlag lassen sich leicht sammeln. Statt durch eine geordnete Grenze geschützt zu werden, wie das bei Ortschaften innerhalb Israels der Fall ist, liegen die Siedlungen tief im feindlichen Terrain. Aus der Sicht von Terrororganisationen „rentiert“ sich das Eindringen in eine Siedlung extrem, weil dies sowohl im Bewusstsein der israelischen wie auch der palästinensischen Öffentlichkeit als Versagen der israelischen Armee gewertet wird.<sup>12</sup> Der ehemalige Generalstabchef Ehud Barak erklärte zu diesem Punkt in einem Artikel vom Mai 2017: „Der „blind spot“ in der rechten Ideologie bezüglich des Zusammenhangs zwischen der israelischen Präsenz in den palästinensischen Gebieten und der Sicherheit Israels betrifft den Aspekt der Terrorbekämpfung. Sie behaupten, dass die militärische Kontrolle der palästinensischen Gebiete keinen Preis hat, was die Terrorbekämpfung angeht. Die Wahrheit ist genau umgekehrt.“<sup>13</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Präsenz israelischer Zivilisten mitten in feindlichem Gebiet die Herausforderungen für die israelische Armee drastisch erhöht. Es entstehen unendlich viele Reibungspunkte, die wiederum

<sup>9</sup> Kurzfilm „Der Beruhigungsplan“ (1:09) <http://bit.ly/1JnDcDR>

<sup>10</sup> Zum Beispiel, Raketenbeschuss, Ausbildung und Finanzierung von Stellvertretertruppen, am Beispiel der Hisbollah.

<sup>11</sup> Siehe Dokument des Siedlerrates: „Von essenzieller Bedeutung für Israels Sicherheit“: <http://but.ly/2nCCts9>

<sup>12</sup> Oberstleutnant Avi Dehan, „Verteidigung in Zeiten begrenzter Konfrontation“, *Maarachot*, Ausgabe 402, 2005: <http://bit.ly/2niHjqu>. Zwei Beispiele für das Eindringen von Terroristen in Siedlungen, die in der israelischen Öffentlichkeit große Wellen geschlagen haben: Am 11.3.2011 drangen zwei Terroristen in die Siedlung Itamar ein und töteten fünf Angehörige der Familie Vogel (siehe: <http://ly/2nCwcN3>); am 30.6.2016 drang ein Terrorist nach Kiriath Arba ein. Dort ermordete er die 13-jährige Hillel Jaffa Ariel. <http://bit.ly/2mROvly>.

<sup>13</sup> Haaretz "Buchrezension von Ehud Barak; der Unterschied zwischen rechts und links - Wie der Unterschied zwischen Evolutionen Anhänger und Leugner", Mai 2017: <https://www.haaretz.co.il/literature/study/premium-MAGAZINE-1.4083765>

das Potential zur Eskalation der Lage bergen.<sup>14</sup>

*Der frühere General für Israels Landesmitte, Gadi Shamni: „Wir können den Staat heute auch ohne Siedlungen verteidigen. Zu Kriegszeiten ist es sogar so, dass wir die Bewohner gefährdeter Siedlungen evakuieren und ins Hinterland bringen.“*

## 2. Vom Outpost zur Sicherheitslast - Israeli-sche Siedlungen in Kriegszeiten

Der Allon-Plan basiert auf der Annahme, dass die Bewohner der Siedlungen der israelischen Armee helfen und die feindlichen Armeen bis zum Eintreffen von Reserveeinheiten, die das Gros der israelischen Streitkräfte bilden, aufhalten.<sup>15</sup> Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts klingt dieser Gedanke selbst für israelische Ohren fremd, wenngleich ein solches Vorgehen einst durchaus üblich gewesen ist. Früher hatten sich israelische Ortschaften in Kriegszeiten zu verschanzen; sie mussten dem Feind das Vorrücken erschweren.<sup>16</sup> Doch hat sich die Kriegsführung der israelischen Armee in den letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Heute kommen solche Erwartungen in den militärischen Plänen der Armee nicht mehr vor. In einem Interview aus dem Jahr 2016 erklärt der ehemals für Israels Landesmitte zuständige General der Reserve Gadi Shamni die Veränderungen:

*„Das Siedeln aus Sicherheitsgründen ist irrelevant geworden. Wir können den Staat heute auch ohne Siedlungen verteidigen. Im Gegenteil. In Kriegszeiten werden die Bewohner gefährdeter Siedlungen ins Hinterland gebracht. Bei der nächsten Konfrontation mit der Hamas erwägen wir die Evakuierung grenznaher Siedlungen. Im zweiten Libanonkrieg haben wir Teile des Nordens geräumt. Es hat Pläne gegeben, Teile der Golanhöhen und weitere Orte zu evakuieren. Zivilisten an der Front können wir nicht gebrauchen.“<sup>17</sup>*

<sup>14</sup> 13 Ein Beispiel hierfür ist die Entführung von drei Jugendlichen aus Gush Ezion im Juni 2014, die zur Gaza-Offensive (Zuk Eitan) geführt hat. Siehe Dr.Assaf Sharon: „Das Ende der Illusion des Konfliktmanagements“, 3.8.2014: <http://tinyurl.com/nb344de>.

<sup>15</sup> 14 Arie Shalev, Die Verteidigungslinie in Judäa und Samaria, Hakibbutz HaMeuchad, 1983.

<sup>16</sup> 15 Simhoni, S.19-20.

<sup>17</sup> Interview mit Karlonia Landsman, „Die Kunst der Besatzung nach Gadi Shamni“, Haaretz, Oktober 2016 <http://bit.ly/2nOqMPs>

Keine Armee der Welt führt Zivilisten mit sich, um sie tief im feindlichen Gebiet anzusiedeln. Dafür gibt es einen guten Grund. Jeder Zivilist im Kampfgebiet stellt eine Belastung dar. Dies hat uns zu zwei Schlussfolgerungen geführt. Zunächst einmal bestehen strukturelle Widersprüche zwischen den einzelnen Aufgabenfeldern der Armee in den Gebieten. Die IDF muss die Bewohner der Siedlungen schützen, aber auch den Bürgern im israelischen Kernland maximale Sicherheit bieten. Israels Sicherheitsinteresse ist von höchster Priorität. Um es zu wahren, sollte so scharf wie möglich zwischen Zivilbevölkerung und Soldaten getrennt werden, wobei sich die Zivilisten hinter einer eindeutig festgelegten und geschützten Grenze befinden sollten.

## 3. Vom Sherman Panzer zur F-35I - Ausbau des Militärpotentials

Doch was passiert, werden Skeptiker nun zu Recht einwenden, wenn es in Zukunft dennoch zu einer konventionellen Bedrohung von Osten kommen sollte? Selbst dann wäre eine permanente Kontrolle des Westjordanlandes nicht notwendig. „Die IDF hat in den letzten Jahrzehnten moderne Feuerwaffen erhalten. Sie können vordringende Panzereinheiten lange vor der israelischen Grenze stoppen. Dazu muss die IDF die Straßen, die zu den Hügelrücken hinaufführen, nicht täglich kontrollieren“, erklärt der ehemalige stellvertretende Generalstabschef Moshe Kaplinsky.

*„Siedlungen dienen der Sicherheit. Dieses Statement ist anachronistisch. Zur Zeit der Staatsgründung Israels mag es zutreffen haben. Damals hat es noch keine klar definierten Grenzen gegeben. In den ersten Jahrzehnten nach Staatsgründung haben wir nicht über die Technologie verfügt, die uns heute zur Verfügung steht, um für unsere Sicherheit zu sorgen. Für einen Staat, der zu jedem beliebigen Zeitpunkt drei Satelliten betreibt, über Eliteeinheiten wie Unit 8200 und andere geheimdienstliche Einheiten verfügt, ist es völlig unwichtig, ob einige seiner Bürger auf diesem oder jenem Hügel sitzen. Nicht darin liegt unsere militärische Stärke begründet, nicht das macht unser Abschreckungsvermögen oder unsere Frühwarnsysteme aus.“<sup>18</sup>*

<sup>18</sup> Im Gespräch mit den Forschern von Molad, Januar 2017.

## Kapitel 2

### Siedlungen als Sicherheitslast

Die Siedlungen haben, wie wir gesehen haben, das Sicherheitspotenzial, das sie in der Vergangenheit vielleicht einmal gehabt haben, verloren. Doch können wir es nicht beim Verweis auf eine überholte militärische Strategie belassen. Die Präsenz von Zivilisten bis weit in die Westbank hinein hat ihre Konsequenzen. Die Armee, die israelische Bürger maximal vor Terror schützen soll, wird in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigt.

Es ist zunächst einmal wichtig, dass wir uns die Ziele von Terrororganisationen vor Augen halten und uns vergegenwärtigen, auf welche Szenarien sich israelische Sicherheitskräfte einstellen müssen. Die in den Gebieten agierenden Terrororganisationen verfolgen im Wesentlichen drei operative (im Unterschied zu strategischen) Ziele: Sie wollen die Siedler, die israelische Armee und Menschenansammlungen innerhalb der Grünen Grenze treffen.

Zum Schutz dieser drei Zielgruppen verfolgt die israelische Armee eine dreigliedrige Verteidigungsstrategie. Sie *kontrolliert die Grenzlinien*, die die Westbank umgeben. Dazu gehören auch die Sperranlage und der Grenzzaun zu Jordanien. Die Einfuhr von Waffen, die Einreise von Experten mit militärischem Knowhow ins Westjordanland und das Vordringen von Terroristen nach Israel soll verhindert werden. Als zweites Glied der militärischen Strategie braucht die IDF *verfügbare Geheimdienstinformationen*. Die diversen Geheimdienststellen der Armee verfügen zusammen mit dem Schin Bet über eine Reihe von Mitteln, mit denen sie geheimdienstliche Informationen sammeln können: Abhörmaßnahmen (SIGINT), Informanten und visuelle Informationen, die von Aufzeichnungen oder Flugkörpern stammen. Als drittes Glied in der strategischen Kette ist die IDF tief *in palästinensischem Gebiet aktiv*. Diese operativen Maßnahmen können von israelischen Militäreinheiten oder von palästinensischen Sicherheitskräften durchgeführt werden.

Insbesondere in den letzten 13 Jahren konnten israelische Sicherheitskräfte bei der Vereitelung von Terroranschlägen aus den Gebieten enorme Erfolge verzeichnen, was die Situation im israeli-

schen Hinterland merklich verbessert hat<sup>19</sup>. Der Erfolg ist eindeutig auf die anhaltende Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften der Palästinensischen Autonomiebehörde zurückzuführen. In den letzten zehn Jahren ist diese Sicherheitskooperation immer enger geworden und hat selbst sehr angespannte Zeiten überstanden. Sofern israelische Ermittlungen zu Verdächtigen überflüssig sind, leiten IDF und Schin Bet die ihnen vorliegenden Informationen an ihre Kollegen bei der Palästinensischen Autonomiebehörde weiter, die die Festnahmen dann eigenständig durchführen. Neben der Reaktion auf israelische Sicherheitsmaßnahmen ergreift die palästinensische Behörde auch eigene Initiativen und geht gegen Terrororganisationen und oppositionelle Kräfte vor. Die gemeinsamen Anstrengungen von IDF und den palästinensischen Sicherheitskräften haben zusammen mit der Sperranlage dazu geführt, dass Terrororganisationen heute nur in sehr begrenztem Maße agieren können.

### Wieso beeinträchtigen Siedlungen die Sicherheit?

In nächster Zukunft wird sich Israels Sicherheitsapparat in der Westbank nicht mit der Bedrohung durch konventionelle Armeen regionaler Staaten, sondern vor allem mit Terrororganisationen zu beschäftigen haben. An dieser Aussage muss sich auch der Beitrag der Siedlungen zur israelischen Sicherheit messen. Im Folgenden werden wir ausführen, wie die Siedlungen die israelische Sicherheit auf strategischer (umfassende Regierungspolitik) wie auf operativer Ebene (Einsatz von Truppen vor Ort) beeinträchtigen.

#### 1. Verlängerte Verteidigungslinien

Durch den besonderen Charakter der Westbank – die israelische Zivilbevölkerung lebt mitten in einem ihr feindlich gesinnten Gebiet – lassen sich die Siedlungen nur durch ein starkes Truppenaufgebot wirksam schützen.

Im Westjordanland ist die IDF mit sieben regionalen Divisionen vertreten, denen Kampfeinheiten (reguläre und Reservetruppen) zugeordnet sind. Darüber hinaus sind Schin Bet, Grenzschutz, die israelische Polizei, die Luftwaffe und Sonderein-

<sup>19</sup> Allgemeiner Wehrdienst, „Jahresbilanz 2015“: <http://bit.ly/2ok467J>

heiten in den Gebieten aktiv. Zu den Aufgaben der Sicherheitskräfte gehören der Schutz von Siedlungen und illegalen Stützpunkten, die Sicherung von Verkehrsknotenpunkten, die Begleitung von Siedlern in Gebieten außerhalb der Siedlungen, der Schutz von Betenden sowie der Schutz von palästinensischem Eigentum vor Angriffen durch ‚Aktion Preisschild‘-Aktivisten.

Aufgrund der besonderen Herausforderungen liegt die **Stärke der Truppen, die die Armee in der Westbank benötigt, bei über der Hälfte, manchmal sogar bei zwei Dritteln der gesamten Streitkräfte**<sup>20</sup>. In den Gebieten werden also **mehr Streitkräfte benötigt als zur Verteidigung aller anderen Fronten zusammengenommen (Libanon, Syrien, Gazastreifen, Sinai und Arava)**. Im Gegensatz zur weit verbreiteten Annahme befasst sich der Großteil der im Westjordanland stationierten Truppen nicht mit der Vereitelung von terroristischen Aktivitäten gegen Zivilisten im israelischen Kernland, sondern mit dem Schutz der Siedlungen.

*„Wenn die Siedlungen nicht wären, hätte die IDF keinen Grund, sich (in der Westbank) aufzuhalten. Die IDF befindet sich im Westjordanland, weil israelische Siedler dort leben, die geschützt werden müssen. Das ist die Pflicht einer Armee. Gäbe es weniger jüdische Siedler in den Gebieten, so hätte die IDF auch weniger Grund, in Bevölkerungszentren präsent zu sein. Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Im Norden von Samaria gibt es keine Siedlungen. In der gesamten Region von Ash-Sha-Nur und dort, wo Siedlungen geräumt worden sind, ist das Militär deutlich weniger präsent. Sobald es weniger Israelis und weniger Siedlungen gibt, werden natürlich auch weniger Sicherheitskräfte gebraucht.“*<sup>21</sup>

Schätzungen zufolge sind **80% der Sicherheitskräfte in den Gebieten mit der Bewachung von Siedlungen beschäftigt. Die restlichen 20% konzentrieren sich auf die Verteidigung von Israelis innerhalb der Grenzen von 1967.**<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Äußerungen von General der Reserve Noam Tibon auf dem Kongress des Instituts for National Security Studies (INSS) im Januar 2017.

<sup>21</sup> Haaretz: „Die Kunst der Besatzung nach Gadi Shamni“, Oktober 2016: <http://bit.ly/2nOqMPs>.

<sup>22</sup> Diese Einschätzung wurde unter anderem von General der Reserve Mosh Kaplinsky im Verlauf eines Gesprächs mit Forschern von

Weshalb erfordert der Schutz der Siedlungen derart umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen? Zunächst einmal verlängern Siedlungen die Verteidigungslinien, entlang derer die IDF stationiert sein muss. Die Verteidigungslinie in der Westbank besteht aus der Sperranlage, den Verkehrsachsen um die Siedlungen herum, den Straßen, die zu den Siedlungen führen, und der Begleitung von Siedlern in Gebieten außerhalb ihrer Siedlungen. Und je länger diese Verteidigungslinie wird, desto mehr Anstrengungen sind erforderlich, um sie zu schützen, desto mehr Schwachstellen entstehen, die der Feind ausnutzen könnte, um Soldaten und Zivilisten zu treffen.<sup>23</sup>

„Wir waren im Libanon stationiert, um den Ortschaften in Grenznähe räumliche Tiefe zu bieten. Wir haben knapp vor der Grenze bereits im libanesischen Hoheitsgebiet gesessen, um Hisbollah daran zu hindern, bis an den Grenzzaun von Metulla vorzurücken. Aber dort waren nur so viele Truppen stationiert, wie wir brauchten, um die Hisbollah auf Distanz zu halten. Kein Soldat hat sich dort rund um die Uhr um israelische Bürger auf libanesischem Territorium kümmern müssen, die auf den Straßen der Gegend fahren, die auf dem Dach des Beaufort ihre Hochzeit feiern oder am Litani-Grab beten gehen“,<sup>24</sup> erklärt General der Reserve Kaplinsky den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Stationierung von Truppen entlang einer normalen Grenze und der engen ständigen Bewachung von Zivilisten, die mitten in feindlichem Territorium leben.

Die Länge der Verteidigungslinie lässt sich aus unterschiedlichen Gründen nicht exakt berechnen. Und doch lässt sie sich indirekt veranschaulichen. Die Verteidigungslinie beginnt bei der Sperranlage. Die Grüne Linie ist ca. 320 km lang. Dagegen beträgt der Verlauf der Sperranlage, der

Molad gegeben (Januar 2017), wie auch von anderen Sicherheitsstellen im Verlauf weiterer Gespräche.

<sup>23</sup> Eine wichtige Konsequenz des Siegs im Sechstagekrieg war beispielsweise, dass die Verteidigungslinie der IDF gegenüber arabischen Armeen von 985 km auf nur 650 km verkürzt wurde. Dadurch konnte die Truppenstärke entlang der Grenze reduziert werden. Aus einem Artikel von Brigadegeneral Yehoshua Raviv, „Die israelische Sicherheit im dritten Jahr nach dem Sechstagekrieg“, Maarachot, Ausgabe 204, S.4, Januar 1970: <http://77bit.ly/2oXTdZ6>. Der Widerstand von Ariel Sharon gegenüber dem Allon-Plan basierte auf der Verlängerung der Grenzlängen, zu der eine offizielle Annahme des Plans geführt hätte.

<sup>24</sup> Gespräch mit Forschern von Molad, Januar 2017.

an gewissen Stellen von der Grünen Linie abweicht, ca. 700 km, was mehr als das Zweifache ist.<sup>25</sup> Die Differenz, die bei annähernd 400 km liegt, geht auf einen politischen Beschluss der Regierung zurück, der Dutzende Siedlungen durch Schlingelungen des Grenzverlaufs auf der westlichen Seite der Sperranlage belässt, was dazu führt, dass die IDF für die Bewachung der Sperranlage zusätzliche Truppen benötigt. Die Siedlungen in unmittelbarer Nähe zur Sperranlage verlangen zusätzliche operative Wachsamkeit und wesentlich mehr finanzielle Mittel als dies bei einer Bewachung der Grenze ohne Siedlungen der Fall wäre.

Doch hat die IDF nicht bloß die Gegend entlang der Sperranlage zu verteidigen. Die Hauptanstrengungen der israelischen Streitkräfte werden in die Wahrung der laufenden Sicherheit von ca. 80.000 Israelis investiert, die in annähernd 70 Siedlungen östlich der Sperranlage leben. Darüber hinaus hat die IDF über 90 illegale Stützpunkte zu schützen, von denen viele an Orten liegen, die sicherheitstechnisch sehr heikel sind. Dort leben weitere 7000 Israelis.<sup>26</sup> Die Bewachung von Bürgern inmitten eines ihnen feindlich gesinnten Gebietes ist ein kompliziertes und kostspieliges Unterfangen. Im jüdischen Teil von Hebron leben beispielsweise nicht mehr als 800 Israelis, von denen 250 Schüler an einer Talmudschule sind. Um diese Menschen zu schützen, unterhält die IDF in Hebron ein ganzes Infanteriebataillon sowie drei Grenzpolizeikompanien mit insgesamt mehr als 650 Soldaten.

Neben der Sperranlage und den Siedlungen schützt die IDF die Verkehrsachsen um die Siedlungen herum und die Zufahrtsstraßen zu den Siedlungen. Die Länge der gepflasterten Straßen in C-Gebieten, die vor allem den Siedlern dienen, beträgt 1450 km. Hinzu kommt die Länge von Umgehungsstraßen, die die IDF ebenfalls sichert.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen: Selbst bei konservativer Schätzung und ohne Berücksichtigung von Umgehungsstraßen und ungepflasterten Straßen ist die Trennlinie zwischen Israel und der Westbank mit Siedlungen mindes-

tens fünfmal so lang wie sie es ohne Siedlungen wäre.<sup>27</sup> Die Notwendigkeit, **Bürger zu schützen, die inmitten von palästinensisch bevölkerten Gebieten leben, stellt eine deutliche Mehrbelastung der israelischen Armee dar und erschwert den Schutz von israelischen Bürgern westlich der Grünen Grenze.**<sup>28</sup>

Die Siedlungen bieten mehr Schutz als die Grüne Linie oder die Sperranlage, wird manchmal gesagt. Allerdings ist diese Behauptung aus einem ganz einfachen Grund haltlos. An den Berührungspunkten entlang der Grenzlinien ist der Einfluss der IDF begrenzt. Nicht einmal die israelische Regierung hat hier wirkliche Kontrolle. Oft bestimmen die Siedler, wo neue Siedlungen errichtet werden. Sie gründen trotz des Widerstands von Regierung und Sicherheitsapparat mehr und mehr illegale Stützpunkte. Demnach sind es die führenden Köpfe der Siedler, die der israelischen Regierung die Siedlungspolitik in den Gebieten und den Verlauf der Grenzlinie vorgeben. Die IDF muss ihren Vorgaben folgen, selbst wenn diese der eigenen Sicherheitslogik widersprechen.

Ein hoher Offizier im Ruhestand, der die Gegend bestens kennt, hat das Phänomen mit einer kleinen Geschichte veranschaulicht:

„Sambish führt mich an einen bestimmten Ort. Wir fahren vier Stunden lang mit dem Jeep. ‚Da‘, stößt er plötzlich aus. ‚Das da! Das ist der wichtigste

<sup>27</sup> Die Länge der Sperranlage und der Verkehrsachsen in der Westbank (ca. 2000 km) im Vergleich zur Länge der Grünen Linie (ca. 320 km).

<sup>28</sup> Ähnliche Argumente zu den militärischen Konsequenzen der Siedlungen für den Verlauf der Sperranlage lassen sich im Artikel von Brigadegeneral der Reserve Shlomo Brom finden, „Der Sicherheitszaun – Lösung oder Hindernis“. Dort schreibt er: „Die politischen Veränderungen im Verlauf des Zauns haben folgende Konsequenzen gehabt: Der Verlauf ist viel länger und gewundener geworden. Dies erhöht die Kosten für Bau und Instandhaltung. Es werden mehr Soldaten entlang des Zauns stationiert werden müssen. Er wird weniger wirksam sein. Der Zaun beeinträchtigt den Alltag von Hunderttausenden Palästinensern ganz wesentlich und wird das auch in Zukunft tun. Damit hat der Zaun den Widerstand der Palästinenser geweckt und ist ein bequemes Instrument für anti-israelische palästinensische Propaganda. Im internationalen Bewusstsein herrscht die Auffassung, dass der Zaun nicht der Sicherheit, sondern politischen Zwecken dient. Der Zaun wollte Fakten schaffen, die Einfluss auf die Zukunft der Gebiete haben. Mit ihm werden den Palästinensern Gebiete genommen.“ Aus: Institute for National Security Studies (INSS), Strategischer Update, Bd.6, Ausgabe 4, S.9, Januar 2004: <http://bit.ly/2nCB6tq>.

<sup>25</sup> Die Webseite von Shaul Arieli, „Der Verlauf der Sperranlage“: <http://bit.ly/2oaNRMF>

<sup>26</sup> Website von Shalom Achshav, „Die Zahl der Siedler im Vergleich zur Zahl der Bewohner Israels“: <http://bit.ly/2mRKsTv>.

Punkt in Judäa und Samaria.‘ – ‚Wieso?‘, frage ich. ‚Weil ihr, wenn ihr diesen Punkt schützen wollt, das gesamte Gebiet drum herum bewachen müsst‘, antwortet er. Mit anderen Worten, wenn Sambish beschließt, sich an diesem Punkt niederzulassen, ist Zahal [die IDF] verpflichtet, nicht nur dort, sondern in der gesamten Region präsent zu sein, was nach Meinung von Sambish zur Sicherheit Israels beiträgt. Sein Argument ließe sich selbstverständlich im Nu zerschlagen.“<sup>29</sup>

## 2. Die Sperranlage darf nicht fertig gestellt werden

In vieler Hinsicht ist die Sperranlage für den steilen Rückgang von Terroranschlägen in Israel verantwortlich.<sup>30</sup> Allerdings hat die Sperranlage ihr volles Potenzial längst nicht erreicht. Heute, 15 Jahre nach Beginn der ersten Arbeiten, sind erst 60% des genehmigten Verlaufs umgesetzt worden.<sup>31</sup> Die großen Lücken in der Sperranlage werden immer wieder von Terroristen und Kriminellen genutzt. Durch diese Lücken gelangen sie nach Israel, wo sie Waffen kaufen, die sie auf demselben Wege wieder in die Westbank zurückschmuggeln. Der Grund für diese riesigen Lücken ist politischer Natur und von den Siedlern im Westjordanland gewollt.

An gewissen Stellen widerspricht der Verlauf der Sperranlage dem professionellen Rat der Sicherheitskräfte und weicht vom geplanten Kurs ab, nur um bestehenden Siedlungen eine zukünftige Erweiterung zu ermöglichen. Solche Abweichungen gibt es beispielsweise in der Gegend zwischen Tulkarem und Kalkilja, in der sich auch die Siedlungen Sla‘it und Zofin befinden. In einigen Fällen musste die Regierung den Verlauf der Linie revidieren und auf den Verlauf zurückkehren, den

<sup>29</sup> Gespräch mit Forschern von Molad, 2017.

<sup>30</sup> Der zahlenmäßige Rückgang der Anschläge auf israelischen Gebiet ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Allerdings sind sich Sicherheitskreise beim Beitrag des Zauns zur Verhinderung von Infiltration von Terroristen nach Israel einig. Siehe Vollman, S. 322-812. Siehe des Weiteren auch Allgemeiner Wehrdienst, „Analyse der Terror-Charakteristika in den letzten zehn Jahren“ mit Bezug auf den zahlenmäßigen Rückgang der Anschläge auf israelischem Gebiet seit Baubeginn der Sperranlage: <http://bit.ly/2TkO8Q8>. Weitere relevante Daten sind im Artikel von Tal Alovitz zu finden, „Anit-Terror-Zaun“, Maarachot, Ausgabe 458, 2014, S.10-17. <http://txt.ly/2nOgGhu>.

<sup>31</sup> Von der Webseite ‚Kommandanten für die Sicherheit Israels‘, „Anhang zum Sicherheitszaun und seine Lücken“: <http://bit.ly/2nLrRao>.

Sicherheitskräfte frei von politischen Erwägungen vorgegeben hatten, nachdem sich herausstellte, dass eine Siedlungserweiterung illegal gewesen wäre.<sup>32</sup> Derartige Grenzkorrekturen haben mehrere Millionen Shekel gekostet.

Drittens ist die Sperranlage an drei Stellen ganz bewusst nicht fertig gestellt worden. In Gush Ezion, im südlichen Teil des Berges Hebron und in der Gegend von Maalei Adumim gibt es große offene Stellen. Allwöchentlich gelangen Schätzungen zufolge Tausende Palästinenser durch diese Öffnungen unkontrolliert nach Israel. Die meisten von ihnen wollen in Israel arbeiten, aber einige kommen auch, um Anschläge zu verüben.<sup>33</sup>

*15 Jahre nach Baubeginn sind erst 60% der Sperranlage fertiggestellt worden. Das hat politische Gründe: Die Führungsspitze der Siedler verhindert die Schließung der Grenze, um die Siedlungen nicht von Israel zu trennen.*

Im Fall von Gush Ezion wollte die Regierung fast den gesamten Siedlungskomplex mit einem Zaun umgeben. Bis auf einige kurze Teilstrecken wurde die Sperranlage dort dann allerdings nicht errichtet, da sich die Führungsspitze der Siedler ganz energisch gegen den Bau ausgesprochen hatte. Eine Schließung der Lücken, befürchten sie, könnte eine Ausweitung der Siedlungen in dieser Gegend stoppen und „Gush Ezion von Israel trennen“<sup>34</sup> Anders ausgedrückt, ist es der politische Druck durch die Siedlerlobby, der die Effektivität der Sperranlage seit Jahren beeinträchtigt. Im Fall des südlichen Hebronberges resultieren die beiden Hauptlücken aus dem Unwillen der Regierung, eine Entscheidung über die Zukunft der Gebiete zu fällen, auf denen die Sperranlage verlaufen soll. Gebiete, die westlich der Sperranlage liegen, werden im Rahmen eines zukünftigen Abkommens höchstwahrscheinlich annektiert werden. In den letzten zehn Jahren sind israelische Regierungen vor Veränderungen des Grenzverlaufs aus Angst vor internationalen Reaktionen zurückgeschreckt. Nicht weniger fürchten sie sich vor den Reaktionen der Siedler, die

<sup>32</sup> Haaretz, „Die Kosten der Gier“, Juli 2011: <http://txt.ly/2oBnMTK>.

<sup>33</sup> Ynet, „Die Unterlassung der Lücken im Zaun: Der Anschlag hätte vermieden werden können“, Oktober 2015: <http://bit.ly/2nCzXln>.

<sup>34</sup> Walla News, „Palästinensische Entschlossenheit, der komplexe Verlauf und die Politik: Die Probleme auf dem Weg zum Zaun um Jerusalem herum“, März 2016: <http://bit.ly/2nyagkk>.

verhindern wollen, dass der Verlauf der Sperranlage dem professionellen Rat des Militärs folgt und damit auf Gebiete verzichtet.<sup>35</sup> In der Zwischenzeit zahlen die Ortschaften auf der anderen Seite der Linie und die Bürger Israels einen hohen Preis. Sie werden Opfer von Terroristen, die durch die Lücken im Sicherheitszaun nach Israel gelangen.<sup>36</sup>

### 3. Beeinträchtigung militärischer Vorbereitungen für den Notfall

Die oben skizzierte Realität zwingt die IDF zur ständigen Beschäftigung mit der laufenden Sicherheit. Dadurch werden militärische Vorbereitungen für den Notfall beeinträchtigt. Bis 2002 haben sich Kampfteinheiten zu gleichen Teilen mit militärischen Übungsmanövern und operativen Einsätzen beschäftigt. Seitdem ist dieses Gleichgewicht ins Schwanken geraten. Heute werden Dreiviertel eines Jahres für operative Aktionen aufgewandt, die zur Hälfte in den Gebieten stattfinden.<sup>37</sup>

*Ein hoher Beamter im Verteidigungsministerium: „Es gäbe viel zu tun. Wir müssten uns auf den Krieg gegen Hisbollah vorbereiten. Leider können wir das nur begrenzt tun. Ein beachtlicher Teil der Truppenstärke wird in Judäa und Samaria gebraucht.“*

Soldaten verbringen den Großteil ihrer Zeit mit der Wahrung der laufenden Sicherheit. Dabei handelt es sich vom Charakter her nicht um militärische, sondern um polizeiliche Aufgaben. Die Zeit

für militärische Übungen und die Ausrichtung auf mögliche Kriegsszenarien ist unzureichend. Die Truppen befinden sich in einem schädlichen Spannungsfeld. Sie sind zwischen der Verrichtung alltäglicher polizeilicher Aufgaben, die Zurückhaltung und Mäßigung im Umgang mit der örtlichen Zivilbevölkerung verlangen, und ihrer militärischen Ausbildung, die den Einsatz massiver Kraft gegen einen bewaffneten Feind verlangt, hin- und hergerissen. Artillerie und Panzereinheiten agieren in den Gebieten wie Bodentruppen. Zwischen den Aktivitäten, die sie im Westjordanland ausüben, ihrem ursprünglichen Bestimmungszweck und dem Einsatz im Notfall gibt es keinerlei Bezug. Insbesondere während des Zweiten Libanonkrieges wurde der scharfe Kontrast zwischen tagtäglicher Routine und dem Einsatz der Truppen zu Kriegszeiten deutlich. Nach jahrelanger Bewachungstätigkeit in den Gebieten musste sich die Armee innerhalb kürzester Zeit auf den Kampf gegen die Hisbollah umstellen.<sup>38</sup>

Jede von der IDF zu schützende Siedlung nimmt der Armee die Kraft für andere Sicherheitsbelange. Statt Siedlungen zu beschützen, könnte die operative Einsatzbereitschaft verbessert und die Vorbereitung auf den Notstand geübt werden. Äußerungen dieser Art werden von Zeit zu Zeit auch im Sicherheitsapparat laut. Im Juni 2016 wies eine hohe Stelle im Verteidigungsministerium darauf hin, dass es bei der Vorbereitung auf den Krieg gegen die Hisbollah noch viel zu tun gäbe. Aber leider seien die Ressourcen für militärische Übungen und eine verbesserte Einsatzbereitschaft begrenzt, da ein beachtlicher Teil der Truppen in Judäa und Samaria eingesetzt werde.<sup>39</sup> Dies ist, wie gesagt, zu jedem beliebigen Zeitpunkt die Hälfte bis zwei Drittel aller Kampftruppen.

*Mit der freundlichen Genehmigung von Shaul Arieli*

### 4. Eine finanzielle Belastung für den Sicherheitsapparat

Wie bereits ausgeführt, erfordern die Siedlungen in den Gebieten die Stationierung von wesentlich

<sup>35</sup> Schon vor der Sperranlage hat sich die Leitung der Siedler der Errichtung eines Grenzzauns widersetzt. So hat sich der damalige Geschäftsführer des Siedlerrates, Adi Minz, schon 2002 gegen die Errichtung eines Zauns stark gemacht. In einem Interview gegenüber *Haaretz* (14.6.2002) sagte er: „Wir verlangen, dass es keine feste Grenzlinie und erst recht kein Zaun ist.“ Weiter sagte er: „Mit einem Zaun entlang der Grünen Linie wird der Terror belohnt. Auf der anderen Seite des Zauns entsteht so ein Palästinenserstaat.“ <http://bit.ly/2niEbe0>. Benzi Liberman, damals Vorsitzender des Siedlerrates, drohte: „Sollte ein Zaun errichtet werden, bringen wir die Koalition zum Fall.“ Ariel Sander, Mitglied des Elkana-Rates, sagte im Juni 2002: „Ein Land, das die Siedlungen mit einem Zaun vom Landeszentrum trennt, zieht Zehntausende seiner Bürger aus dem Konsensus“: <http://bit.ly/2nOpMuS>.

<sup>36</sup> Es gibt viele Beispiele für das Eindringen von Terroristen durch die Lücken in der Sperranlage, darunter die Messerattacken in Petach Tikva und Kiriath Gat am 7.10.2015. <http://bit.ly/2nCzXln>, oder der Anschlag am Sarona Market in Tel Aviv am 8.6.2016: <http://bit.ly/2obgitY>.

<sup>37</sup> Ofer Shelach, Mut zum Sieg, *Yedioth Sfarim*, 2015, S. 150.

<sup>38</sup> Bericht des Ermittlungsausschusses zum Zweiten Libanonkrieg, S. 550-552.

<sup>39</sup> *Ynet*, „Eine hohe Stelle im Verteidigungsministerium: Die nächste Konfrontation im Gazastreifen wird für Hamas die letzte sein“, Juni 2006: <http://bit.ly/2ob4glx>.

mehr Truppen im Westjordanland. Nur so lassen sich die dort lebenden israelischen Bürger schützen. Für die Gebiete werden enorme Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die IDF muss Stabsoffizierinnen und Stabsoffiziere, die eine teure militärische Ausbildung erhalten haben, für die Gebiete freistellen. Darunter sind Offiziere aus den Bereichen Geheimdienst, IT oder Adjutanten. Jährlich werden viele Arbeitsstunden auf den Schutz von Siedlungen verwandt, ohne dass die spezielle Ausbildung dieser Soldaten genutzt würde. Die IDF ist gezwungen, Reservisten in großem Umfang zu mobilisieren, weil reguläre Wehrdienstsoldaten für andere Aufgaben abgezogen werden müssen (dies war beispielsweise 2014 während der Militäroperation „*Protective Edge*“ im Gazastreifen der Fall)<sup>40</sup>. Eine massive Mobilmachung von Reservisten schadet wiederum der israelischen Wirtschaft enorm.

Der Schutz von Zivilisten und Siedlungen gehört zu den zentralen Aufgaben einer jeden Armee, koste es, was es wolle. Doch ist die Situation in der Westbank eine andere: Bei sämtlichen Verhandlungsrunden mit den Palästinensern und auch in den Zeiträumen zwischen den einzelnen Runden hat Israel jedes Mal aufs Neue bestätigt, dass ein beachtlicher Teil der Siedlungen im Rahmen eines zukünftigen Abkommens geräumt werden wird. Demnach bewacht Israel heute Siedlungen, die, wie es selbst ausdrücklich erklärt, zukünftig nicht mehr Teil von Israel sein werden. Trotz der Meinungsverschiedenheiten um die Siedlungen, die geräumt oder von Israel anektiert werden sollen, herrscht ein breiter öffentlicher Konsens, der eine ernsthafte öffentliche Debatte über den Preis ermöglichen würde, den die israelische Gesellschaft für den Schutz von Siedlungen zahlt, die unter keinen Umständen Teil des Staates sein werden. In Zeiten, in denen die IDF ihre Kampftruppen reduzieren muss und mit ernsthaften Bedrohungen an den anderen Grenzen des Landes konfrontiert ist, ist der Schutz von Siedlungen, von denen der Staat selbst sagt, dass sie nicht Teil seines Staatsgebiets sein werden, eine schreckliche Vergeudung von Geldern und Personal, die von anderen Stellen, die sie wesentlich nötiger hätten, abgezogen

werden.

## 5. Gezielte Sabotage militärischer Aktionen

Der Schutz von Zivilisten auf feindlichem Terrain ist ein kompliziertes und kostspieliges Unterfangen. In den letzten Jahren müssen die IDF und der Grenzschutz nun noch zusätzliche Zeit und Energie auf gewaltbereite Siedlergruppierungen verwenden, die militärische Aktivitäten ganz gezielt stören.

Der Terror von Preisschild-Aktivistinnen ist gegen israelische Sicherheitskräfte und palästinensische Bürger gerichtet.<sup>41</sup> Durch Vergeltungsmaßnahmen gegen die IDF und Racheakte an Palästinensern soll die öffentliche Ordnung gestört und Politiker vor der Räumung von Siedlungen und illegalen Stützpunkten gewarnt werden. Israelis kennen die gewalttätigen Bilder, die in Abständen von einigen Wochen von den Hügeln Samarias kommen. In diesem Zusammenhang sollten wir uns unbedingt vor Augen halten, dass es in Israel keine andere jüdische Bevölkerungsgruppe gibt, die sich der israelischen Armee gegenüber derart gewalttätig verhält, selbst wenn ihr Dinge, die sie zu verrichten hat, missfallen.

Bei *Aktion Preisschild* handelt es sich um undisziplinierte, spontan zusammengekommene Jugendliche, meinen viele Israelis. Allerdings sieht die Realität anders aus. In den ersten Jahren wurde das Vorgehen von Aktion Preisschild vom Establishment der Siedler, den Kommunen in den Gebieten, weitgehend akzeptiert, ja sogar von ihnen gesteuert. Die den Preisschild-Aktivitäten zugrunde liegende Strategie ist vor zehn Jahren von den Siedlerräten in Samaria und Binyamin entwickelt worden. Statutarisch handelt es sich bei diesen Räten um Privatorganisationen. Doch wurden sie letztlich auf Initiative und mit der Finanzierung der Regionalverwaltungen von Samaria und Binyamin zur Durchführung von Aktionen gegründet, die diese als öffentliche, vom Staat finanzierte Organe nicht selbst ausführen dürfen. Siedlerräte leben von Steuergeldern und fungieren in jeder Hinsicht wie Kommunen.

<sup>40</sup> *Israel HaYom*: „Das Telefon klingelt. 5 Minuten später gehe ich aus dem Haus“, Juli 2004: <http://bit.ly/2nOw201>. Oder: *Mako*: „Auf dem Weg zur Bodenoffensive? - Kabinett genehmigt die Mobilmachung von 40.000 Reservisten“, <http://bit.ly/2nOuXeO>

<sup>41</sup> Generalleutnant der Reserve und ehemaliger Verteidigungsminister Bogi Yaalon hat das Vorgehen von ‚Aktion Preisschild‘ Aktivisten mehrmals als Terror bezeichnet, zum Beispiel in *Israel Defense*: „Yaalon: Das Vorgehen von ‚Aktion Preisschild‘ ist Terror in jeder Hinsicht“, Januar 2014, <http://bit.ly/2nyhpRN>

Ein Blick in offizielle Veröffentlichungen des Siedlerrates von Samaria verdeutlicht die Strategie hinter dieser Erscheinung. „*Wir sollten die Strategie unseres Kampfes endlich ändern*“, war im Blatt des Siedlerrates von Samaria bereits vor zehn Jahren zu lesen. „*Wir müssen solange an mehreren Fronten gleichzeitig kämpfen, bis die Regierung die Kontrolle verliert.*“<sup>42</sup> Ein führendes Mitglied des Rates sprach davon, „*die Regierung in die Knie zu zwingen.*“<sup>43</sup> 2008 unterbreitete der Rat den Aktivisten mehrere mögliche Vorgehensweisen, die sich die Zermürbung der Armee zum Ziel gesetzt hatten. „*Statt punktuell um einen Stützpunkt zu kämpfen, muss der Kampf so weit wie möglich ausgeweitet werden [...]. Wir werden Kreuzungen blockieren, neue Stützpunkte errichten und zeitgleich mehrere Ausflüge von Jugendlichen an entlegene Orte organisieren. Damit sind die Abrisstruppen (IDF) überfordert. Im Laufe der Zeit werden sie einsehen, dass sie sich so nicht mehr verhalten können.*“<sup>44</sup> Darüber hinaus hat der Rat Maßnahmen zur Störung der öffentlichen Ordnung ergriffen und Ausschreitungen sowie die Gründung weiterer illegaler Stützpunkte initiiert oder unterstützt. Die Leiter der Organisation haben die Zerstörung von palästinensischem Eigentum gepriesen und zu Übergriffen auf unschuldige Palästinenser aufgerufen.<sup>45</sup>

Diese Geisteshaltung der Führungsspitze ist bei den Aktivisten schnell angekommen. Heute werden israelische Soldaten und Polizisten verletzt. Fast bei jeder Räumung eines Stützpunktes werden Fahrzeuge und teure militärische Ausrüstung beschädigt. Preisschild-Aktivisten haben in den letzten Jahren eine Reihe ganz unterschiedlicher Gewalttaten verübt. Sie haben Hunde auf Soldaten gehetzt, die Reifen von Militärfahrzeugen zerstochen, Einsatzfahrzeuge zertrümmert, sind in militärische Stützpunkte eingebrochen, haben Polizisten und Soldaten mit Steinen beworfen und

haben geheimdienstliche Informationen von IDF-Einheiten durchsickern lassen, um militärische Eingriffe zu verhindern.

Direkte Gewalt gegen militärische Truppen ist Alltag geworden. Für Siedler, die in der Armee einen Feind sehen, müssen zusätzliche Energien und Ressourcen aufgewendet werden. Es kommt zu Konfrontationen mit einer Bevölkerung, die die Armee obendrein noch schützen muss. Doch werden nicht bloß israelische Sicherheitskräfte Opfer dieser Gewalttaten. Der jüdische Terror richtet sich auch gegen Palästinenser, gegen palästinensisches Eigentum und gegen palästinensische Olivenhaine. Preisschild-Anhänger schießen auf Palästinenser, bewerfen sie mit Steinen und setzen palästinensische Häuser samt ihrer Bewohner in Brand. Diese Art der Gewalt ist in den Gebieten zur Routine geworden, was die israelische Armee dazu zwingt, ihre Ressourcen nicht nur auf den Schutz von Siedlern vor palästinensischem Terror, sondern auch auf den Schutz von Palästinensern vor jüdischem Terror zu verwenden.

## 6. Siedlerinteressen versus Militär

Häufig prallen die politischen Interessen der Siedler auf die professionellen Einschätzungen des Militärs. Dabei werden die Forderungen der Siedler von einer starken politischen Lobby unterstützt. Nicht selten müssen sich hohe Militärs gegenüber Politikern rechtfertigen, bevor sie militärische Entscheidungen durchsetzen können. Selbstverständlich sollen Armeen politischen Weisungen folgen. Allerdings fällt die Regierung oftmals Entscheidungen, die auf fremden Erwägungen starker, gut organisierter Interessengruppen fußen und der Sicherheit des Landes nicht dienen.

Das beste Beispiel hierfür sind die illegalen Stützpunkte. Sie wurden mit Wissen der Siedlerführung, aber ohne militärische Erlaubnis und ohne die Genehmigung durch die Regierung gegründet. Nach Errichtung eines Stützpunktes steht die Armee vor vollendeten Tatsachen. Sie ist verpflichtet, dort Soldaten zu stationieren, um die dort lebenden israelischen Bürger zu schützen. Dies gilt auch für Stützpunkte an gefährlichen Orten. Dort wird die Armee gezwungen, zusätzliche Soldaten und Ressourcen abzustellen, was eine Beeinträchtigung anderer Aufgaben nach sich zieht.

<sup>42</sup> Anzeige des Siedlerrates von Samaria: „Wir bürgen füreinander. Das ist unser Schlüssel zum Sieg“, Juni 2008, <http://tinyurl.com/nqal545>.

<sup>43</sup> Die vollständigen Äußerungen von Yitzhak Shadmi, Vorsitzender des Binyamin Siedlerrates, sind unter den Angaben von ‚Einundsechzig‘ einzusehen. <http://sixtyone.co.il/price-tag>.

<sup>44</sup> Anzeige des Samaria Siedlerrates: „Wir bürgen füreinander. Das ist unser Schlüssel zum Sieg“, Juni 2008, <http://tinyurl.com/nqal545>.

<sup>45</sup> Der vollständige Text ist in den Recherchen von Liat Shlezinger, der Geschäftsführerin von Molad, nachzulesen: „Um jeden Preis – Öffentliche Gelder finanzieren ‚Preisschild-Aktivitäten‘“, Juli 2015. <http://bit.ly/2fsR5ot>.

Ein weiteres Beispiel aus der letzten Zeit ist die Forderung der Siedler, Palästinensern die Nutzung öffentlicher israelischer Verkehrsmittel in den Gebieten zu verbieten. Die letzte Terrorwelle hat im Oktober 2015 begonnen. Seitdem werden Forderungen nach einer kollektiven Bestrafung der palästinensischen Bevölkerung laut. Und die Spitze der Partei Jüdisches Heim droht mit einer Regierungskrise, sollte die IDF palästinensischen Sicherheitskräften zu viele Kompetenzen übertragen.

Die Führung der Siedler mischt sich häufig in interne militärische Angelegenheiten ein. So übt sie beispielsweise Druck aus, um die Beförderung von Offizieren zu verhindern, die sich nur „halbherzig für die Interessen der Siedler einsetzen“ und verlangen von der IDF, in den Gebieten keine Offiziere einzusetzen, denen das „*Verständnis für Siedlerbelange*“ fehlt.<sup>46</sup> Ein andermal wollen sie an militärischen Entscheidungen beteiligt werden, stellen Forderungen und verlangen die Stationierung besonderer Bataillone. Ein ehemaliger, jahrelang in der Westbank stationierter Offizier hat dies bestätigt. So hat die Leitung der Siedler in Hebron beispielsweise die Stationierung von Nachal-Bataillonen in der Gegend zu verhindern versucht, da diese den Siedlern nicht wohl gesonnen seien.<sup>47</sup>

## 7. Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit im weiteren Sinn

Die heute gebräuchliche Definition des Begriffs „nationale Sicherheit“ umfasst viele, nicht bloß rein militärische Aspekte. Wenn heute von nationaler Sicherheit die Rede ist, so sind auch Israels internationale Position, seine Rechtsstaatlichkeit sowie die gesellschaftliche Einheit des Landes gemeint. Das Siedlungswerk schadet all diesen Aspekten.

Die Siedlungen sind der Hauptgrund für die schweren internationalen Einbußen des israelischen Ansehens. Israel tut sich heute schwer, seine Interessen in internationalen Foren durchzusetzen. In den letzten Jahrzehnten hat sich ein internationaler Konsens gebildet. Israel wird voll

und ganz unterstützt; die militärische Kontrolle über die Gebiete wird allerdings nicht anerkannt und kritisiert. Seit den ersten Tagen nach Staatsgründung war klar, dass Israels sicherheitspolitisches und wirtschaftliches Überleben von starken internationalen Beziehungen abhängt. Diese Kontakte sollten den Staat für seine schwierigen geopolitischen Bedingungen entschädigen.<sup>48</sup>

Die Führung der Siedler schlägt den Bürgern Israels nun offen und unverhohlen vor, zugunsten von Judäa und Samaria auf die Beziehungen zu alten, strategischen Bündnispartnern zu verzichten. Dies wäre eine drastische Abweichung vom traditionellen Sicherheitskurs Israels, der dem Land zu militärischen Errungenschaften verholfen und seine Existenz garantiert hat. Es wäre zudem ein sehr oberflächliches Verständnis von Sicherheit, selbst wenn man Sicherheit nur aus einem rein militärischen Blickwinkel beleuchten würde. Denn Israels militärische Macht fußt auch auf Bündnispartnern. Dies gilt für sein militärisches Vermögen wie für die Legitimierung von seiner militärischen Macht im Notfall auch Gebrauch zu machen. Israels internationale Position und die Friedensabkommen mit Jordanien und Ägypten geben der IDF eine wichtige, strategische Tiefe, die die räumliche Tiefe der Westbank nicht zu bieten vermag, sagte uns ein ehemaliger hochrangiger israelischer Offizier, mit dem wir im Rahmen der Arbeit an diesem Dokument gesprochen haben.

Die Präsenz der Siedler in den Gebieten nagt systematisch an der Rechtsstaatlichkeit Israels. Seit seinem Bestehen hat das Siedlungswerk gewisse staatliche Gesetze missachtet. Angefangen beim Abend des Pessachfests im Park Hotel in Hebron, über den Marsch nach Sebastia bis hin zum Projekt der illegalen Stützpunkte. Dokumente werden gefälscht, Behörden hinters Licht geführt, Gesetze grob und stolz überschritten. Ohne ein solches Vorgehen wäre weder die massive Landnahme in der Westbank, noch das Schattenkabinett möglich, das den Siedlungen fern vom öffentlichen Auge öffentliche Gelder zuschanzt.<sup>49</sup> Darüber hin-

<sup>46</sup> *Walla News*: „Allon wird zum Kommandanten für das Landeszentrum – eine Kriegserklärung“, Dezember 2011: <http://txt.ly/2nOn2gk>.

<sup>47</sup> Gespräch mit Molad-Forschern, Oktober 2013.

<sup>48</sup> Der ausführliche Text ist in der Molad-Forschung einzusehen: „Isolierung und internationales Ansehen: Bündnis in der Krise“, Dezember 2013: <http://bit.ly/13kg669>.

<sup>49</sup> Der ausführliche Text ist in der Molad-Forschung einzusehen: „Geheimkasse rechter Siedler“, September 2004: <http://bit.ly/1AesxH6>

aus führt der Druck, den Siedler auf Soldaten in den Gebieten ausüben, zu operativen Normen, die im Widerspruch zu Befehlen und dem Ethos der israelischen Armee stehen. Die Existenz der Siedlungen schafft tägliche Reibungspunkte mit der palästinensischen Bevölkerung. Dies wiederum spielt denjenigen in die Hände, die bei den Palästinensern gewalttätigen Widerstand wecken und ein verhandeltes Abkommen verhindern wollen. Ein solches Abkommen wird von sämtlichen Regierungen Israels auf beiden Seiten des politischen Spektrums, einschließlich von Benjamin Netanjahu, als von essentieller Bedeutung für die Sicherheit Israels angesehen.

### Kapitel 3

#### Sicherheit ohne Siedlungen

Die detaillierte Analyse der vorherigen Kapitel hat den hohen Preis gezeigt, den die Siedlungen der israelischen Sicherheit abverlangen. Daraus ableitend ergeben sich zwei Schlussfolgerungen. Die klare Trennung zwischen der militärischen und zivilen Präsenz Israels in den Gebieten. Während die Armee die Sicherheit des Staates gewährleistet, wird die Sicherheit durch die Siedlungen beeinträchtigt. Die Führung der Siedler versucht schon seit Jahren, die Unterschiede zwischen militärischer und ziviler Präsenz zu verwischen, die militärischen Errungenschaften für sich zu verbuchen und die Nachteile, die die Siedlungen für die Sicherheit bringen, zu verbergen. Es ist durchaus legitim, das Siedeln in den Gebieten aus religiösen oder ideologischen Gründen zu befürworten. Doch ist die Bedienung des Sicherheitselements, welches Soldaten, Sicherheitsapparat und Zivilisten miteinander vermischt, bloße rhetorische Manipulation.

Solange es noch kein Abkommen mit den Palästinensern gibt, so die zweite Schlussfolgerung, liegt der Abzug der Zivilbevölkerung aus Siedlungen, die auf gar keinen Fall Teil von Israel sein werden, im Sicherheitsinteresse Israels. Dies würde sich, unabhängig von einem zukünftigen Friedensvertrag, positiv auf Israels Sicherheit auswirken. Darüber hinaus könnte ein solcher Schritt auch den Boden für ein Abkommen bereiten. Die Frage, was für ein Abkommen angestrebt werden sollte und ob es sich mit den Palästinensern schließen lässt, sollte von der Siedlungsthe-

matik getrennt werden. Selbst diejenigen, die die Position vertreten, dass es nie zu einem Abkommen mit den Palästinensern kommen wird, sollten die Unterscheidung zwischen militärischer und ziviler Präsenz in den Gebieten befürworten, sofern ihnen die Sicherheit des Landes am Herzen liegt.

Auf den kommenden Seiten werden wir uns mit einem ganz anderen Szenario beschäftigen. In ihm soll es um die zivile Neustrukturierung der Westbank auch ohne ein Abkommen mit den Palästinensern gehen, während die israelische Armee in den Gebieten verbleiben wird. Wir wollen keineswegs einen neuen detaillierten Plan erstellen, sondern hier lediglich die groben Züge eines möglichen Szenarios skizzieren. Ein verhandeltes Abkommen halten wir in jeder Hinsicht für besser als dieses Szenario, einschließlich seiner Sicherheitsaspekte. Bei einem Friedensabkommen werden Übereinkünfte zum militärischen und zivilen Rückzug aus den Gebieten getroffen, wenngleich beide nicht zeitgleich erfolgen müssen. Und doch ist das hier skizzierte Szenario nicht bloß eine Fantasievorstellung. Es wird bereits heute in politischen Kreisen diskutiert. Sicherheitspolitisch wäre es der gegenwärtigen Situation vorzuziehen. Für unsere Argumentation ist es wichtig, weil es die grundsätzliche Differenzierung zwischen militärischer und ziviler Präsenz noch einmal deutlich hervorhebt.

#### 1. Szenario: Evakuierung der Zivilbevölkerung

Sobald es östlich der Trennungslinie keine israelische Zivilbevölkerung mehr gibt, wird die israelische Armee bei seinen Operationen nur noch zwei zeitliche Komponenten berücksichtigen müssen. Kurzfristig wird sich Israels Bedrohungslage nicht wesentlich ändern (mit Ausnahme der Gefahren für Siedler). Langfristig liegt ein stabiler, Israel nicht feindlich gesinnter Palästinenserstaat auf der anderen Seite der Grenze im israelischen Interesse. Zu diesem Staat wird Israel wirtschaftliche und vor allem auch gesunde sicherheitspolitische Beziehungen unterhalten. Unsere Analyse wird sich zunächst auf die kurzfristige sicherheitspolitische Antwort konzentrieren, ohne die Sicherheitsvorkehrungen, die Teil des verhandelten Friedensvertrags sein werden, zu berücksichtigen.

Auf den kommenden Seiten werden wir ein Szenario präsentieren, das sich die Sicherheit israeli-

scher Staatsbürger unter Berücksichtigung der Herausforderungen in der Westbank zum Ziel gesetzt hat. Damit sollen die Voraussetzungen für die Gründung eines stabilen souveränen und Israel nicht feindlich gesinnten Palästinenserstaates im Westjordanland geschaffen werden.

Das hier dargelegte Szenario berücksichtigt die Lehren aus den missglückten, von Netanjahu geführten Friedensverhandlungen und dem gescheiterten Versuch der Osloer Verträge, anhand von Interimsabkommen zum Einvernehmen zu gelangen. Unser Szenario nimmt Veränderungen an der schädlichsten Komponente der gegenwärtigen israelischen Politik in den Gebieten – der Siedlungspolitik – vor. Ein weiteres Zwischenabkommen wird vermieden. Ihm würden die Palästinenser ohnehin nicht zustimmen, da es nur den Weg für erneute Kursveränderungen bahnt, die mit dem Verweis auf eventuelle Nichteinhaltungen von vertraglichen Vereinbarungen und das schleppende Tempo der Implementierung gerechtfertigt würden. Bei unserem Szenario handelt es sich um einen Schritt, der dem endgültigen Friedensvertrag vorausgeht, aber keineswegs von ihm abhängt. Deshalb wird sich der Sicherheitsapparat allein von israelischen Interessen leiten lassen. Um politisch auf einen Friedensvertrag hinarbeiten, sollten für die Palästinenser zunächst einmal die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden, selbst wenn diese nicht im Rahmen eines Abkommens erfolgen. Israel sollte jedoch nicht im Alleingang handeln. Die bestehende Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich sollte auch nach der Neuaufstellung der israelischen Armee in den Gebieten beibehalten werden.

### **Handlungshorizonte - Kontrolle über die gesamte Westbank oder das Sammeln der Streitkräfte entlang der Grenzlinie**

In der Übergangszeit von der Räumung der Siedlungen in den Gebieten zu der Implementierung der von Israel und den Palästinensern vereinbarten Sicherheitsvorkehrungen gibt es zwei Wege zur Gewährleistung der israelischen Sicherheit. Die militärischen Aktivitäten werden wie bisher fortgesetzt, wobei die Last der Bewachung von Siedlungen wegfallen würde. Eine zweite Möglichkeit wäre die Kontrolle der Grenzen im Westjordanland. Dabei darf die IDF, falls erforderlich, auch von Schusswaffen und Kommandounter-

nehmen Gebrauch machen. Der fundamentale Unterschied dieser Alternativen liegt darin, dass Israel bei der ersten Variante die Verantwortung für die Sicherheit der gesamten Westbank behält. Die palästinensischen Sicherheitskräfte werden nur dann aktiv, wenn Israel es ihnen erlaubt. Bei der zweiten Variante haben die palästinensischen Sicherheitskräfte Handlungsfreiheit. Israel mischt sich nur ein, wenn es unbedingt erforderlich ist. Wir würden die erste Variante vorziehen. Die Palästinenser hätten Zeit, sich auf die zweite Version einzustellen, bei der sich die israelischen Streitkräfte auf die Grenzlinie zurückziehen. Israel könnte die Fortschritte bei den Palästinensern im Auge behalten und besser beurteilen, inwieweit die Palästinenser die Gebiete unter Kontrolle haben.

### **Erste Alternative: Israel behält uneingeschränkte Kontrolle über die Westbank**

Ein großes Truppenaufgebot, das die Palästinenser nur verärgern würde, scheint ohne Siedlungen keinen Sinn zu machen. Soldatenleben werden unnötig gefährdet. Auch wäre damit der internationalen Argumentation gegen die israelische Besatzung nicht der Wind aus den Segeln genommen. Die Räumung der Siedlungen würde eine Reduzierung der Truppenstärke im Westjordanland erlauben. Allerdings wird eine bedeutungsvolle israelische Militärpräsenz vor Ort solange von Vorteil sein, wie es keinen gefestigten palästinensischen Souverän in der Westbank gibt. Durch die kontinuierliche Präsenz israelischer Soldaten in den Gebieten lässt sich der Terror einfacher und effektiver bekämpfen. Soldaten müssen nicht erst zu gezielten Aktionen oder schwierigen Kommandounternehmen ins palästinensische Gebiet eindringen.<sup>50</sup> Solange die Befugnisse für die Sicherheit in den Händen der IDF bleiben und nur graduell an die Palästinenser übergehen, wird es kein Sicherheitsvakuum geben. Ein solches Vakuum könnte entstehen, wenn die IDF sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt in großem Umfang aus den Gebieten zurückzieht. Noch

<sup>50</sup> Zu Beginn der Zweiten Intifada standen die IDF und Israels politische Führung vor einem solchen Dilemma, als sie über den Einsatz israelischer Truppen in A-Gebieten entscheiden mussten. Während der „Schutzschild Offensive“ (Defensive Shield, 2002) griffen israelische Truppen in A-Gebieten ein, bis die IDF die Zentren der palästinensischen Städte wieder unter Kontrolle hatte.

ist der palästinensische Sicherheitsapparat nicht darauf eingestellt, den gegen Israel gerichteten Terror zu bekämpfen oder sich mit internen feindlichen Kräften auseinander zu setzen.

Streng genommen ließe sich natürlich argumentieren, dass Israel die Besatzung unter diesen Vorsätzen nicht beendet hat. Allerdings würde selbst ein völliger Rückzug aus den Gebieten der Westbank international nicht das Ende der Besatzung bedeuten, solange ein solcher Rückzug nicht im Rahmen eines Abkommens und begleitet von der Gründung eines Palästinenserstaates erfolgt. Solange Israel sich nicht völlig auf die Grenze von 1967 zurückzieht, wird eine internationale Anerkennung nicht erfolgen. In den Augen der internationalen Gemeinschaft dauert die Besatzung solange an, wie es keine volle palästinensische Souveränität über die Gebiete gibt und Israel in den Gebieten weiter nach eigenem Ermessen handelt.<sup>51</sup> Gleichzeitig gehört es zu den wichtigsten Lehren des einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen, dass ein Rückzug international positiv aufgenommen und Israel Pluspunkte bringen wird, selbst wenn ein solcher Rückzug nicht sofort zu einer Lösung führt. Israels Vorgehen sollte jedoch unbedingt mit den Palästinensern abgestimmt sein und nicht im Alleingang erfolgen.

Selbst wenn die israelische Armee die absolute Kontrolle über die Gebiete behalten sollte, wird die dramatische Reduzierung von Bewachungstätigkeiten eine militärische Umstrukturierung mit geringerem Truppenaufgebot zulassen. Nach Meinung hochrangiger Kommandanten in den Gebieten würden vier statt der bisher sieben auf das Westjordanland verteilten Brigaden ausreichen.<sup>52</sup> Sie wären für die Sperranlage und die Grenzegend im Jordantal verantwortlich. Auf der Grundlage von geheimdienstlichen Informationen

<sup>51</sup> Die internationale Gemeinschaft hat den Rückzug aus dem Gazastreifen begrüßt, Israel gelobt und auf unterschiedlichste Weise entschädigt. Doch war immer auch klar, dass sie unter diesen Umständen nicht von einem Ende der Besatzung sprechen würde (anders als beim israelischen Rückzug auf dem Südlibanon im Jahr 2000).

<sup>52</sup> Ein möglicher Einsatz ist der einer Brigade, die die südlichen Hebron Berge bis zu Gush Etzion kontrolliert; Eine Brigade, die Jerusalem und Ramallah kontrolliert; Eine Brigade, die palästinensische Städte im nördlichen Westjordanland kontrolliert und eine Brigade, die für das Jordantal und Jericho verantwortlich ist. Die tatsächliche Bereitstellung der Einsätze erfordert umfangreiche Planung, die in diesem Dokument nicht ausgeschöpft werden kann.

würden sie gegen Terroristen vorgehen und sich um die Wahrung von Ruhe und Ordnung in B- und C-Gebieten kümmern, bis diese in den Zuständigkeitsbereich der palästinensischen Sicherheitskräfte übergehen. Die israelischen Truppen wären in Stützpunkten in der Nähe von palästinensischen Städten stationiert, wodurch sie im Bedarfsfall leichter einsetzbar sind.

### **Zweite Alternative: Schneller Übergang zur Grenzkontrolle**

Bei diesem Szenario ließe sich der Umfang israelischer Truppen im Westjordanland schneller reduzieren. Die IDF wäre nur für die Sicherheit der Grenzregion verantwortlich. Im Jordantal und an der westlichen Grenzlinie würde das israelische Truppenaufgebot verstärkt werden. Ähnlich wie beim ersten Szenario und im Gegensatz zum einseitigen israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen, würde die israelische Armee nicht bloß so tun, als gäbe sie die Verantwortung für die Sicherheit in der Region ganz ab. Falls nötig, wird die IDF auch weiterhin in den Gebieten tätig sein. Israelische Truppen wären jedoch vor allem entlang des Grenzverlaufs stationiert. Gleichzeitig würde sich Israel weiterhin um geheimdienstliche Informationen bemühen. Kommandounternehmen in den Gebieten würden auf ein Minimum reduziert. Die Bekämpfung von Terror würde durch Maßnahmen aus der Luft begleitet. Um den Terror tief im Innern der Gebiete zu bekämpfen, würden Eliteeinheiten eingesetzt werden oder auch größere Truppen in die palästinensischen Gebiete eindringen.

Die Stationierung der israelischen Truppen entlang der Grenzlinien ist für die Soldaten weniger gefährlich als das Patrouillieren in der Westbank, bei der es zur ständigen Berührung mit der palästinensischen Bevölkerung kommt. Allerdings birgt ein abrupter Abzug massiver Truppen aus den Gebieten auch Gefahren. Es ist fraglich, ob es der palästinensischen Behörde gelingen wird, ihre Kontrolle schnell und wirksam auf das gesamte Gebiet der Westbank auszuweiten. Sobald eine Linie gezogen wird, über die hinaus die IDF nicht mehr regelmäßig aktiv ist, wird diese Grenze schwer zu überschreiten sein. Nur eine akute Bedrohung würde eine Grenzüberschreitung rechtfertigen. Sobald israelische Sicherheitskräfte nicht mehr vor Ort stationiert sind, beherrschen und kennen sie die Gebiete weniger gut. Die Verfüh-

rung, aus der Ferne zu schießen, wird groß sein. Denn wenn Soldaten zur Terrorbekämpfung in feindliches Gebiet eindringen, bedeutet das immer auch eine Gefahr für ihr Leben. Der Beschuss aus der Ferne wird mehr Palästinensern das Leben kosten und eine erhöhte Gewaltbereitschaft nach sich ziehen.

Zumindest im ersten Stadium der Umsetzung scheint es uns angesichts der Umstände angebracht, eine große israelische Militärpräsenz in den Gebieten zu belassen. Sollte sich mit der Zeit herausstellen, dass die routinemäßige militärische Kontrolle durch Israel tief im Westjordanland überflüssig geworden ist, können die Truppen auf die Region entlang der Grenzlinie reduziert werden, bevor den Palästinensern im Rahmen eines endgültigen Abkommens die volle Verantwortung für die gesamte Westbank übertragen wird.<sup>53</sup>

## 2. Rückzug der israelischen Zivilbevölkerung

### Umfang und Durchführung

Im Laufe der Jahre hat es viele Vorschläge zum Gebietetausch und dem Verlauf der Grenze zwischen Israel und dem zukünftigen Palästinenserstaat gegeben. Ein Teil dieser Pläne, unter ihnen die Genfer Initiative und die Verhandlungen über den Grenzverlauf am Ende der Annapolis Konferenz, waren fundiert und ernst zu nehmen. Andere Pläne basierten weniger auf ernsten Debatten, als dass sie wie der Vorschlag, sämtliche C-Gebiete zu annektieren, einem Wunschdenken entsprangen. Die absolute Mehrheit der mit der Materie vertrauten Kreise geht davon aus, dass es zwischen Israel und den Palästinensern einen Gebietetausch geben wird. Bei einigen Regionen sind sich sämtliche Beteiligte, auch die Palästinenser, einig. Dabei handelt es sich um Teile von Gush Ezion, diverse Gebiete in der Umgebung

<sup>53</sup> Manche behaupten ohne die Präsenz von Zivilisten wird die israelische Öffentlichkeit der Stationierung von Truppen nicht zustimmen. Deshalb sei ein solcher Ansatz nicht zu implementieren. Die Situation im Libanon hat das Gegenteil bewiesen. Israelische Truppen waren dort fast 20 Jahre lang stationiert. Die Öffentlichkeit hat den Rückzug der Truppen letztlich nicht aufgrund fehlender ziviler Präsenz verlangt, sondern weil Hisbollah-Aktivitäten zu viele Soldatenleben gekostet haben und das in einem Gebiet, das nicht integraler Bestandteil des israelischen Hoheitsgebietes ist. Im Anhang werden die Unterschiede zwischen der Situation im Südlibanon und der Westbank diskutiert. Sie erläutern, weshalb in nächster Zukunft in der Westbank nicht mit den Gefahren zu rechnen ist, die vom Südlibanon oder Gaza her kommen.

Jerusalems und Siedlungen unweit der Grünen Linie im Osten der Dan Region. Diese Gebiete, in denen 80% der Siedler wohnen, werden auf jeden Fall Teil von Israel bleiben.

Die Räumung von Siedlungen, die auf gar keinen Fall zu Israel gehören werden und in denen momentan nur 20% der Siedler wohnen, sollte graduell vollzogen werden, damit die IDF die Kontrolle über die geräumten Siedlungen übernehmen kann. Die Räumung sollte mit Siedlungen beginnen, bei denen der Abzug einer relativ kleinen Zahl von Siedlern den Palästinensern ein recht großes Gebiet zur Verfügung stellt. So wurde bereits 2005 bei der Räumung des nördlichen Samarias verfahren. Damals waren vier kleine Siedlungen geräumt worden, was den Weg für die wirtschaftliche Wiederbelebung der gesamten Nordregion von Samaria ebnete. Infolgedessen ging die Terrorbereitschaft in der Gegend zurück.<sup>54</sup> Als nächster Schritt wird die Übergabe dichter besiedelter Gebiete an die israelische Armee folgen.

### Begrenzte Loslösung

Israel kann und sollte sich heute nicht einseitig vom gesamten Westjordanland lossagen. Zunächst müssen sich die Beziehungen und Absprachen zwischen Israel und den Palästinensern ändern. Eine völlige Trennung zwischen Israel und den Gebieten ist aber noch aus anderen Gründen unrealistisch:

**Noch ist die palästinensische Behörde nicht in der Lage, die volle Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen.** Solange dies der Fall ist, wird die Verantwortung für die Sicherheit der Westbank bei Israel bleiben; allerdings sollte die Anzahl operativer israelischer Einsätze auf ein Minimum reduziert werden.

**Ein- und Ausreise aus der Westbank.** Im gesamten Westjordanland gibt es keinen Flughafen. Die Grenzübergänge zu Jordanien werden nicht von den Palästinensern kontrolliert. Palästinenser werden, zumindest im ersten Schritt, über Israel aus der Westbank ausreisen oder die Grenzübergänge nach Jordanien passieren, die von Israel kontrolliert werden.

<sup>54</sup> Nrg, „Das Modell Jenin – Vom Terrornest zur florierenden Stadt“, Juli 2010, <http://bit.ly/2mRMUZP>

**Ostjerusalem.** Solange die Zuständigkeit für die östlichen Viertel von Jerusalem, die auf der israelischen Seite des Grenzzauns liegen, nicht bei der palästinensischen Behörde liegt und solange nicht sämtliche Bürger Ostjerusalems palästinensische Staatsbürger sind, ist eine volle Trennung zwischen Israel und den Palästinensern in der Stadt unmöglich.

**Wirtschaftliche Implikationen.** Während sich die drei ersten Parameter im Rahmen eines endgültigen Friedensabkommens ändern könnten, werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern eng bleiben. Ein plötzlicher Abbruch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit würde die Struktur der palästinensischen Wirtschaft stark erschüttern.

Das Pariser Abkommen behandelt die wirtschaftlichen Aspekte des Osloer Friedensprozesses. Israel und die palästinensische Behörde werden im Rahmen desselben Zollabkommens tätig sein. Israel wird Zölle und Steuern für die Palästinenser einziehen. Die Währung in den Gebieten ist der israelische Shekel. Zwischen beiden Wirtschaften existieren breit gefächerte und weit verzweigte Beziehungen.<sup>55</sup> Neben der institutionellen Verknüpfung hängt auch die palästinensische Wirtschaft ganz und gar von Israel ab. Im Jahr 2016 haben 60.000 Palästinenser eine israelische Arbeitserlaubnis erhalten, weitere 30.000 Palästinenser haben ohne Genehmigung in Israel gearbeitet, und 27.000 Palästinenser sind in den Industriegebieten in israelischem Besitz in der Westbank angestellt. Israelische Sicherheitskreise und Regierungsvertreter befürworten eine Anhebung der zusätzlichen Arbeitsgenehmigungen auf insgesamt 100.000.<sup>56</sup> Der Großteil palästinensischer Exporte geht nach Israel.<sup>57</sup> Auch nach der in den letzten Jahren geführten Boykott-Kampagne gegen israelische Waren beträgt der Import aus Israel noch immer 60 Prozent des gesamten palästinensischen Imports.<sup>58</sup>

<sup>55</sup> Siehe Molad-Projekt zum Pariser Abkommen, „Das Pariser Abkommen: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“, Februar 2013, <http://bit.ly/2nCvFdX>.

<sup>56</sup> *Haaretz*: „Das Kabinett bewilligt weitere 30.000 palästinensische Arbeiter in Israel“, Februar 2016: <http://bit.ly/2nCHYXK>.

<sup>57</sup> IDC Herzlia, „Strategiepapier – das beste Wirtschaftsprogramm für Israel und die palästinensische Behörde“, Juni 2014: <http://bit.ly/2nCEchs>.

<sup>58</sup> Weltbank: „Der wirtschaftliche Status des Koordinierungsausschusses – ein Bericht“, September 2005: <http://bit.ly/2niZqNm>.

Eine florierende palästinensische Wirtschaft sowie geringere BIP-Diskrepanzen zwischen israelischer und palästinensischer Wirtschaft liegen im Interesse Israels. (In Israel liegt das BIP heute bei 36.560 Dollar im Vergleich zu 3.661,70 Dollar in den Gebieten)<sup>59</sup>. Solange diese Kluft bestehen bleibt oder sich womöglich noch vergrößern wird, wird die Frustration der Palästinenser wachsen und der Wunsch groß sein, Israel zu schaden, selbst bei denjenigen, die dies nicht für ihre religiöse Pflicht halten.

Es wird dauern und hoher Investitionen in palästinensische Produktionsbetriebe bedürfen, bis die palästinensische Wirtschaft ihre relativen Vorteile entwickelt und eine eigenständige Wirtschaft aufgebaut hat. Kurz- und mittelfristig wird die palästinensische Wirtschaft in der Westbank auch weiterhin darauf basieren, dass palästinensische Arbeitskräfte in Israel arbeiten und Baumaterialien und Lebensmittel an die Araber in Israel exportiert werden. Dies wird insbesondere für die Zeit zutreffen, in der die Palästinenser ihren Außenhandel noch nicht frei kontrollieren.<sup>60</sup> Eine Verbesserung der Wirtschaftslage im Westjordanland wird die Bestrebungen extremistischer Gruppierungen und Einzelpersonen, Terroranschläge in Israel oder gegen die eigene säkulare Regierung zu verüben, nicht völlig beseitigen. Allerdings wird eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, und daran zweifeln nur wenige, viele Palästinenser in die Arme von Terrororganisationen treiben oder zu selbstständig geplanten Terroranschlägen motivieren.<sup>61</sup>

Selbst nach einer Umstrukturierung des zivilen Lebens muss sichergestellt werden, dass palästinensische Arbeitskräfte und palästinensische Waren den Weg nach Israel finden. Das Westjordanland darf nicht abgeriegelt werden, wie es im Gazastreifen nach Israels einseitigem Rückzug geschehen ist.

<sup>59</sup> Es handelt sich hier um OECD-Angaben für 2015 (Israel). Siehe: <http://bit.ly/1PMKop>. Die Daten für die Westbank stammen von der Webseite PCBS und gelten für 2015: <http://bit.ly/2ocTd7m>.

<sup>60</sup> *Calcalist*: „Die palästinensische Wirtschaft: Westbank-Export sucht Ankurbelung in Israel“, Juni 2014: <http://bit.ly/2nUYyf>.

<sup>61</sup> Siehe zum Beispiel: *Ynet*, „Reise durch die Erschütterungsabfederungen der Intifida“, Oktober 2015: <http://bit.ly/2nOw3Xr>.

## Stärkung des palästinensischen Sicherheitsapparates

Seit 2007 ist der palästinensische Sicherheitsapparat unter der Leitung des früheren Ministerpräsidenten Salam Fayad grundlegend reformiert worden. Zwanzig ineffektive Sicherheitsarme, die Raum für das Austragen gewalttätiger politischer Rivalitäten unter führenden Fatah-Mitgliedern boten, sind zu acht Sicherheitsarmen zusammengelgt worden. Diese acht Sicherheitsarme sind jeweils mit speziellen Sicherheitsbelangen betraut. Sie verfügen über neue, professionellere Kommandostrukturen und werden unter amerikanischer oder europäischer Schirmherrschaft ausgebildet und trainiert. Dies hat zu einer effizienteren Bekämpfung von Terror geführt. Palästinensische Proteste schwappen nicht automatisch nach Israel über. Die öffentliche Ordnung wird gewahrt.<sup>62</sup>

Trotz gewisser Errungenschaften leiden sowohl der palästinensische Sicherheitsapparat als auch das Rechtswesen in der palästinensischen Behörde an einigen strukturellen Problemen. Die palästinensischen Sicherheitskräfte werden von der palästinensischen Öffentlichkeit als ein die Besatzung stärkender Apparat angesehen, der nicht organisch gewachsen, sondern durch Intervention von außen entstanden ist.<sup>63</sup> Durch die Beschränkung der Befugnisse von palästinensischen Sicherheitskräften auf A-Gebiete spitzt sich diese Problematik weiter zu. Streng genommen verfügen palästinensische Sicherheitskräfte nicht einmal in A-Gebieten über uneingeschränkte Kompetenzen. In den Augen der palästinensischen Bevölkerung ermöglicht die palästinensische Behörde Israel, in den Gebieten weiterhin tätig zu sein, ohne hoheitliche Forderungen zu stellen.<sup>64</sup> Zudem gehen palästinensische Sicherheitskräfte systematisch gegen Kritiker des Regimes und palästinensischer Politiker vor, womit erste demokratische Ansätze zerschlagen werden.<sup>65</sup> Genauso leidet das palästinensische

Rechtswesen an Schwäche, Unprofessionalität und fehlendem öffentlichen Vertrauen,<sup>66</sup> was der exekutiven Umsetzung von Urteilen schadet.<sup>67</sup>

Kurzfristig schaden diese Missstände der israelischen Sicherheit nicht, obgleich die Einstellung der Bevölkerung zu den palästinensischen Sicherheitskräften, die als Handlanger fremder Interessen angesehen werden, die Effizienz der Terrorbekämpfung beeinträchtigt. Hinzu kommt die weit verbreitete Verletzung von Menschenrechten durch palästinensische Sicherheitskräfte. Auch sie untergräbt die Stabilität der palästinensischen Behörde, wenngleich die sofortige Unterbindung von Maßnahmen gegen oppositionelle Kräfte vor allem der Hamas dienen würde. Israel muss begreifen, dass die Lösung der hier angeführten drei Herausforderungen bei den Palästinensern liegt. Israel kann lediglich die Bedingungen für eine solche Auseinandersetzung schaffen.

Es wäre ratsam, die Befugnisse der palästinensischen Sicherheitskräfte in weiten Teilen der Westbank graduell zu erweitern. Sobald in der Westbank keine israelischen Zivilisten mehr leben, wird es der palästinensischen Behörde leichter fallen, auch außerhalb von palästinensischen Städten tätig zu werden, Truppen von einem Einsatzort zum anderen zu verlegen und in größerem Maße auch ohne Absprache mit Israel zu agieren. Dadurch werden sie eine bessere Kontrolle über die Gebiete erhalten, selbst als souveräner Sicherheitsarm dastehen und hoffentlich den ihnen anhaftenden Makel von Kollaborateuren loswerden.<sup>68</sup> Diese Prozesse sollten von der Vermittlung zivilrechtlicher Werte in den Ausbildungs- und Trainingskursen für Kräfte der Inneren Sicherheit begleitet werden. Internationale Organisationen sollten Maßnahmen unterstreichen, die auf eine graduelle Abwendung von einer Politik der harten Hand ausgerichtet sind, mit der die palästinensische Behörde zurzeit gegen oppositionelle Kräfte in der Westbank vorgeht.

Für die Stärkung palästinensischer Sicherheitskräfte zahlt Israel einen Preis. Israel wird zukünf-

<sup>62</sup> <http://bit.ly/2odASue>. „Stability - The Evolution and Reform of Palestinian Security Forces 1993-2013.

<sup>63</sup> Ebd.

<sup>64</sup> Siehe Bericht Nr.28 der Crisis Group International, „Der quadratische Kreis – palästinensische Sicherheitsreformen unter der Besatzung“, September 2010, S.15-16l, <http://bit.ly/2piesWz>.

<sup>65</sup> Euro-Mediterranean Human Rights Monitor: „New report documents abusive detentions by both the PA and Hamas to stifle freedom of expression“, Febr. 2016: <http://bit.ly/2nCEsMS>.

<sup>66</sup> The American task force on Palestine: „Palestinian Justice System Still Work in Progress“, März 2013. <http://txt.ly/2oblofx>.

<sup>67</sup> Shabak Webseite, „Festnahme von Hamas-Militär Aslam Hamed“, Oktober 2015, <http://txt.ly/2nywram>.

<sup>68</sup> S.11: <http://bit.ly/2piesWt>.

tig abwägen müssen, wann es eingreift und wann es den palästinensischen Sicherheitskräften ermöglicht, eigenständig zu handeln. Im Zuge verbesserter sicherheitspolitischer Absprachen hat es derartige Fälle in der Vergangenheit bereits gegeben. Eine Veränderung der israelischen Haltung wird sich langfristig auszahlen. Israel wird von guten Sicherheitskräften auf der anderen Seite der Grenze profitieren, zu denen ein ständiger, auf gegenseitigem Vertrauen basierender Dialog unterhalten wird. Ein solcher Koordinierungsmechanismus hat mit dazu beitragen, dass die israelisch-ägyptischen Beziehungen die politischen Veränderungen der letzten Jahre, ja selbst die Herrschaft der Muslimbrüder überstanden haben. Eine solche Realität wird nur entstehen, wenn Israel etwas von seiner Verantwortung für die Sicherheit der Westbank abgibt und bestimmte reversible Risiken eingeht. Die hier vorgeschlagenen Schritte sind von keiner politischen Lösung abgeleitet, sondern basieren auf einer Einschätzung der Sicherheitslage. Sie unterliegen keinem Ultimatum oder verpflichtendem Zeitplan. Einzelne Regionen der Westbank ließen sich zudem auch separat behandeln.

### 3. Sicherheit am Tag danach

Man müsse nur die Besatzung beenden, sämtliche israelischen Truppen mit oder ohne Abkommen aus der Westbank abziehen, dann werde der palästinensische Terror quasi über Nacht verschwinden, meinen manche linke Zirkel. Ein solches Szenario ist unwahrscheinlich. Die Gefahren für Israel werden sich nicht urplötzlich in Luft auflösen. Auch dann nicht, wenn die palästinensische Behörde den Terror weiter bekämpft. Die IDF sollte solange im Westjordanland bleiben und den Terror bekämpfen, bis die Palästinenser in der Lage sein werden, sie zu ersetzen. Auch nach der Neustrukturierung der Westbank wird es neben Terror noch weitere Gefahren für Israel geben, die eine Präsenz der israelischen Armee erfordern.

**Fall des haschimitischen Regimes.** Die jordanische Monarchie ist eins der Israel am freundlichsten gesinnten Regime der Region. Die Kooperation mit dem König dient fundamentalen israelischen Interessen. Terroristen werden daran gehindert, von Osten nach Israel einzudringen. Eventuelle Spannungen mit den Palästinensern

werden mit Hilfe Jordaniens abgeschwächt.<sup>69</sup> Die Beziehungen zu Jordanien helfen dem israelischen Ansehen in der arabischen Welt.<sup>70</sup> Allerdings dringt die gute strategische Zusammenarbeit nicht bis zum jordanischen Volk vor. Nicht selten ist die Stimmung in der Bevölkerung antiisraelisch. Der hohe Anteil von israelfeindlichen Palästinensern ist eine ständige Sorge. Die Befürchtung, das Regime des Königs könnte ins Schwanken geraten, ist seit dem Arabischen Frühling und der Präsenz von ISIS in den Nachbarstaaten Jordaniens umso realer geworden.

Die israelischen Gegner eines Abkommens mit den Palästinensern verweisen zu Recht auf die Instabilität des haschimitischen Königreichs. Sollte das jordanische Regime nach Gründung eines Palästinenserstaates stürzen, würde Israel bei einem militärischen Einmarsch von Osten oder beim Eindringen von Terroristen aus der Westbank ohne Pufferzone dastehen.<sup>71</sup> Die Gründung eines stabilen Palästinenserstaates ist zentrales Interesse des haschimitischen Regimes. Das Überleben des Königshauses könnte davon abhängen. Allein die Sorge um die Stabilität des jordanischen Regimes sollte Israel motivieren, die Gründung eines Palästinenserstaates zu forcieren.<sup>72</sup>

Der von uns vorgeschlagene Ansatz ist von diesen Entwicklungen nicht betroffen, da Israel sämtliche ihm heute zur Verfügung stehenden Mittel auch im extremen Fall eines Sturzes des haschimitischen Regimes behält. Die IDF kann weiterhin frei im Jordantal agieren und zwischen Israel und den Entwicklungen im Osten trennen. Dabei haben die Siedlungen im Westjordanland keine Rolle zu spielen. Die Gefahr einer militärischen Invasion ist, wie wir gesehen haben, nicht länger relevant. Selbst im Fall einer Bodenoffensive würden die Siedlungen wenig helfen.

**Hamas erobert die Westbank.** Seit der Macht-

<sup>69</sup> Ende 2015 halfen die Jordanier, die Spannungen um den Tempelberg zu beruhigen.

<sup>70</sup> Jordanien hat bei der Arabischen Initiative eine zentrale Rolle gespielt und sie seit Jahren gefördert.

<sup>71</sup> *Walla News*, „Ein Muss – die sichere Grenze“, Januar 2006, <http://bit.ly/2obmNB>.

<sup>72</sup> Forum für regionales Denken (FORTH): „Jordanien, die palästinensischen Flüchtlinge und der Kerry-Plan: Gute Miene zum bösen Spiel“, Januar 2014: <http://txt.ly/2nmek6g>.

übernahme im Jahr 2007 durch die Hamas ist der Gazastreifen Feindesland. Dies hat die israelische Sorge verstärkt, dass auch die Westbank militärisch oder politisch in die Hände der Hamas fallen könnte. 2007 war eine militärische Machtübernahme durch die Hamas in der Westbank ein unwahrscheinliches Szenario.<sup>73</sup> In den neun Jahren, die seitdem verstrichen sind, haben die palästinensischen Sicherheitskräfte ihre Lehren aus den Entwicklungen im Gazastreifen gezogen und bekämpfen interne oppositionelle Kräfte wie Hamas und Islamischer Djihaad wesentlich effizienter. Doch selbst bei drastischen innerpalästinensischen Veränderungen wird die IDF in der Lage sein, die Hamas an einer gewalttätigen Machtübernahme in der Westbank zu hindern. Schließlich sollen israelische Truppen bis zur Neustrukturierung der palästinensischen Sicherheitskräfte in den Gebieten stationiert bleiben. Zudem wird allein die Präsenz der IDF Hamas abschrecken, sich in diese Richtung zu bewegen.

Wahrscheinlicher als eine gewalttätige Machtübernahme durch die Hamas ist die politische Eroberung der Westbank. Sollte Mahmud Abbas seinen Posten ohne Wahlen räumen, liegt die Nachfolge bereits heute bei Hamas-Mitglied Aziz Duik, dem Vorsitzenden des palästinensischen Parlaments. Bei einer innerpalästinensischen Versöhnung und der Abhaltung von Wahlen wäre ein Sieg der Hamas ein plausibles Szenario.<sup>74</sup> Danach sähe sich Israel auch im Westjordanland mit einem feindlichen Regime konfrontiert, das Terror nicht zwangsläufig aktiv forcieren wird, die Zusammenarbeit mit der IDF aber sicher einstellen wird.

Die Sicherheitsszenarien, denen sich Israel im

<sup>73</sup> Es gibt allerdings Unterschiede zwischen der Westbank und Gaza, zum Beispiel die Israelische Militärkontrolle in der Westbank, aber auch die Tatsache, dass Hamas noch vor 2007 in Gaza relativ stark war; auch die Größe der Westbank im Vergleich mit Gaza spielt eine Rolle. All diese Faktoren würden eine interne Kräfteverlagerung in der Westbank, die die Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen ermöglichte, sehr schwer machen.

<sup>74</sup> Laut palästinensischer Umfragen aus der Westbank von September 2015, genießt Hamas leicht größere Unterstützung, wenn es zu parlamentarischen Wahlen kommen würde; so würde die Hamas 35% der Stimmen bekommen und Fatah 34%. Wenn es Präsidentschaftswahlen geben würde, bei denen Ismail Haniyeh gegen Abbas kandidieren würde, würde Haniyeh deutlich mehr Stimmen bekommen. Der beliebteste Kandidat wäre allerdings Marwan Barghouti, der eine fünfmal lebenslängliche Haftstrafe im israelischen Gefängnis verbüßt. <http://www.pcpsr.org/en/node/621>.

Fall einer Herrschaft der Hamas in der Westbank gegenüber sieht, würden durch die Präsenz von Hunderttausenden israelischen Zivilisten inmitten eines von der Hamas beherrschten Gebietes um ein Vielfaches schwieriger sein. Die Präsenz und der Ausbau von Siedlungen in der Westbank kommen einer politischen Niederlage der palästinensischen Behörde gleich. Die Siedlungen werden den Sieg der Hamas bei Wahlen nicht verhindern. Sie werden die Hamas vielmehr stärken.

**Die Westbank wird zum Gazastreifen.** Im Zuge des israelischen Rückzuges aus dem Gazastreifen sind zwei zentrale regionale Bedrohungen entstanden. Israel ist dem Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen ausgesetzt und wird von unterirdischen Tunneln bedroht. Die palästinensische Regierung in der Westbank wird einige Zeit brauchen, bis sie wirksam gegen alle potenziellen Bedrohungen vorgehen kann. Daher ist ein Verbleiben der IDF, nicht aber der Siedlungen in der Westbank unbedingt notwendig. Um Terroraktivitäten in der Westbank und Terror von der Westbank nach Israel zu verhindern, müssen israelische Truppen die Grenzgegend kontrollieren. Zusätzlich wird die IDF Terrorzellen bis weit in die palästinensischen Gebiete hinein, mit oder ohne Hilfe der palästinensischen Behörde, zerschlagen müssen. Tunnel werden sich wesentlich schwieriger von der Westbank nach Israel graben lassen. Beim Sinai handelt es sich um ein nur teilweise souveränes Territorium. Die Tunnel im Gazastreifen werden durch Sand gegraben. Die Westbank grenzt an Jordanien und Tunnel in der Westbank müssten sich einen Weg durch hartes Felsgestein bahnen.

Rückzüge sind mit Risiken verbunden. Der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen ist das beste Beispiel. Mit diesem Argument versuchen rechte Wortführer jede Diskussion über eine Räumung der Siedlungen in Judäa und Samaria abzuwürgen. Entgegen der Behauptungen massiver öffentlicher Kampagnen hat Israels einseitiger Rückzug aus dem Gazastreifen diejenigen gestärkt, die eine Reduzierung der Verteidigungslinien befürworten. Von 2000 bis zum Rückzug im Jahr 2005 sind jährlich 32 Israelis Opfer von Terror aus dem Gazastreifen geworden; die Tendenz war steigend. Seit dem israelischen Rückzug beläuft sich die Zahl der Terroropfer auf durchschnittlich 13 im Jahr. Obgleich diese Zahlen die

Toten der letzten drei großen militärischen Offensiven im Gazastreifen einschließlich von Tsuk Eitan beinhalten, bei der 73 Israelis ums Leben gekommen sind, ist der Trend rückläufig.<sup>75</sup> **Im Gazastreifen hat Israel nicht nur die Siedlungen geräumt, sondern sich auch militärisch zurückgezogen. Im Fall der Westbank debattieren wir ausschließlich eine zivile Neustrukturierung. Die Armee soll auch weiterhin in den Gebieten stationiert bleiben.**

Wie bereits angesprochen birgt das Fortbestehen oder besonders auch der Ausbau der Siedlungen die Gefahr, die Hamas zu stärken statt sie zu schwächen. Denn für eine solche Entwicklung würde die palästinensische Behörde verantwortlich gemacht, was ihrem Ansehen signifikant schaden würde.

**Belohnung des Terrors.** Ob eine zivile Neustrukturierung von den Palästinensern als Errungenschaft moderater Kräfte oder als Sieg des palästinensischen Terrors gewertet wird, hängt fast ausschließlich von der israelischen Taktik und dem Timing ab. Im Anschluss an eine weitere Terrorwelle oder nach einer neuen Intifada wird ein israelischer Rückzug aus den Gebieten Terrororganisationen in die Hände spielen und deren These belegen, dass Israel nur Gewalt versteht. Unser Vorschlag geht von einer rein israelischen Initiative aus, die nicht extern angetrieben worden ist. Der israelische Rückzug erfolgt nicht in Reaktion auf palästinensische Gewalt, sondern ist, und das muss für alle sichtbar sein, in Absprache mit der palästinensischen Autonomiebehörde und unter Betonung der Tatsache erfolgt, dass ein solcher Rückzug israelischen Interessen dient. Auf diese Weise wird die palästinensische Behörde mehr öffentliche Unterstützung für eine politische Lösung des Konfliktes erhalten und der Verzweiflung entgegenwirken, die nach Ansicht führender israelischer Sicherheitsexperten zur letzten Terrorwelle und denen vor ihr beigetragen hat.<sup>76</sup>

---

<sup>75</sup> Die Gegner des Rückzugs aus dem Gazastreifen stellen einen Bezug zwischen dem Rückzug, der Tsuk Eitan Offensive und ihren schlimmen Folgen her. Diese Verknüpfung ergibt sich nicht so zwangsläufig, wie sie den Anschein erwecken wollen. Offensive und Kriegsführung sind eher eine Folge der Regierungspolitik in den Jahren nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen. Siehe auch: Molad: Tsuk Eitan: Das Ende der Illusion des Krisenmanagements“, August 2004: <http://bit.ly/1xTTYbT>.

<sup>76</sup> *Haaretz*: „Der Leiter der Aman (Abteilung für militärische Aufklä-

---

rung):“Verzweiflung und Frustration bei den Palästinensern“, November 2015. <http://txt.ly/2nieceL9>.

## Zusammenfassung

### Der Kampf um die Sicherheit

Die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist das wichtigste Problem, das die israelische Gesellschaft zu bewältigen hat. Bei Wahlen haben israelische Wähler meist die Sicherheit ihres Landes vor Augen. Insofern wird Israel die Beschäftigung mit diesem Thema regelrecht aufgezwungen. Diese Schlussfolgerung mag trivial klingen. Und doch hat Israels politische Mitte und Linke in den letzten 15 Jahren große Anstrengungen unternommen, um das für Israel und die Bewohner des Landes so wichtige Thema zu umgehen. Es beginnt mit dem einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen, wird mit der atomaren Bedrohung durch den Iran fortgesetzt und endet bei „Protective Edge“, Israels letzter militärischer Offensive im Gazastreifen. In allen drei Fällen hat Israels politische Mitte und Linke keine klare, selbstbewusste und eindeutige Position bezogen, mit der sie sich deutlich von ihren Mitstreitern auf der rechten Seite des politischen Spektrums abgehoben hätte. Dieses Verhalten stößt umso mehr auf, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die absolute Mehrheit des Sicherheitsapparates die Grundhaltung, die in Mitte-links-Kreisen zu diesen Themen vorherrscht, fachlich voll und ganz unterstützt.

Unmittelbar nach dem Sechstagekrieg erfolgte die erste Verknüpfung zwischen Siedlungen und Sicherheit durch den Allon-Plan. Ihr lag ein Sicherheitsrational zugrunde, das die zionistische Bewegung bis zur Staatsgründung geleitet hatte. Ende der Sechziger Jahre mögen die Sicherheitsannahmen, auf denen der Plan basierte, noch ihre Berechtigung gehabt haben. Allerdings haben sie heute aufgrund regionaler geopolitischer Veränderungen und Israels gestiegenem Militärpotenzial ihre strategische Relevanz verloren.

Siedlungen sind sicherheitspolitisch bedeutungslos. Für die israelischen Sicherheitskräfte in den Gebieten sind sie sogar eine Belastung. Sie befinden sich mitten in feindlichem Gebiet und verlängern die Verteidigungslinien, entlang derer die IDF stationiert ist, dramatisch. Konservativen Schätzungen zufolge ist die Grenzlinie durch die Gebiete mit Siedlungen fünfmal so lang wie ohne Siedlungen. Das wiederum verlangt von der IDF,

einen großen Teil der Kampfeinheiten in die Gebiete zu verlagern. In den Gebieten sind mehr israelische Kampftruppen stationiert als an allen anderen Fronten zusammen genommen.<sup>77</sup> Im Gegensatz zur allgemein üblichen Ansicht sind bis zu 80% der in den Gebieten stationierten Truppen mit der Bewachung von Siedlungen beschäftigt. Nur 20% befassen sich mit dem Schutz von Ortschaften innerhalb der Grünen Linie.<sup>78</sup>

Die mentale Trennung zwischen ziviler und militärischer Präsenz in den Gebieten ist politisch sehr wichtig. Israelische Rechtsparteien berufen sich nämlich gern auf das Sicherheitsargument. Während die Armee für Israels Sicherheit sorgt, beeinträchtigen die Siedlungen diese. Eine klare Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Präsenz wäre auch als Grundlage für operative Beschlüsse wichtig. Mit der in diesem Dokument vorgestellten zivilen Umstrukturierung der Westbank bei gleichzeitigem Verbleiben des Militärs wollen wir unser Argument veranschaulichen. Wir halten ein solches Szenario keinesfalls für optimal. Ein Friedensabkommen wäre ihm vorzuziehen. Dennoch wäre es der gegenwärtigen Situation zweifellos vorzuziehen. In politischen Kreisen wird es heute bereits diskutiert.

Seit fünfzig Jahren wird die Debatte um die Zukunft der Gebiete geführt. Es ist ein verstrickter, komplexer und facettenreicher Streit. Allerdings werden heute selbst fundamentale Gegebenheiten rhetorisch manipuliert, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Die meisten Sicherheitsargumente rechter Parteien sind in Wahrheit ideologischer oder religiöser Natur, formuliert im Sicherheitsjargon. Doch sobald man ihnen die Sicherheitshülle nimmt, tritt eine Auseinandersetzung um Werte zutage, die Mitte-links-Parteien relativ leicht für sich entscheiden könnten. Denn noch immer teilt die große Mehrheit der Israelis die messianische Vision der Siedlerleitung nicht.

<sup>77</sup> Siehe Äußerungen von Reservegeneral Noam Tibon auf der jährlichen Konferenz (2017) des Instituts für Sicherheitsforschung. <http://bit.ly/2mSae7W>.

<sup>78</sup> Siehe Anmerkung 25.

## Anhang

### **Generalmajor der Reserve Gershon HaCohen: Mehr Sicherheit durch Siedlungen – eine Stellungnahme**

Da es ihnen an schlagkräftigen Argumenten fehlt, setzen rechte Kreise Siedlungen einfach mit mehr Sicherheit gleich, selbst wenn es in Wirklichkeit die Armee ist, die in den Gebieten für Sicherheit sorgt. Erst wenn die Palästinenser die Hoffnung auf einen souveränen Staat völlig aufgegeben haben, werden sie sich vom Terror lossagen, lautet HaCohens einziges Sicherheitsargument mit direktem Bezug zu den Siedlungen. Siedlungen seien das wirksamste Mittel zur Entmutigung der Palästinenser. Sie signalisierten ihnen, dass Israel nicht vorhabe, sich jemals aus den von ihm besetzten Gebieten zurückzuziehen, behaupten rechte Politiker.<sup>79</sup> Allerdings hat sich diese Argumentation im Laufe der Geschichte bei nationalen Bewegungen immer wieder als falsch erwiesen. Und das gilt auch für den israelisch-palästinensischen Kontext, wie die im Oktober 2005 ausgebrochene Terrorwelle bestätigt. Terror wird es auch ohne Hoffnung auf einen Palästinenserstaat geben. Das hat die Realität immer wieder bewiesen.

Vor dem Hintergrund der wenigen siedlungsspezifischen Argumente mit Sicherheitscharakter sind Gershon HaCohens Ausführungen im Rahmen einer Vortragsreihe unter dem Titel „Was ist an nationaler Sicherheit national?“ von besonderer Bedeutung. HaCohen ist General der Reserve. Seine Argumentation wird von bestimmten Siedlerkreisen gern übernommen. Doch richtet sich HaCohen vor allem an diejenigen, die die Notwendigkeit von Siedlungen bezweifeln, die in Siedlungen, insbesondere in den Siedlungen an der Konfrontationslinie, eine Belastung für die Sicherheit sehen und meinen, sie würden Sicherheitskräften die Arbeit erschweren.<sup>80</sup>

In seinem Vortrag unterscheidet HaCohen zwischen wertorientierten Dimensionen und fachlichen Argumenten. Bei näherer Betrachtung der

von HaCohen hervorgehobenen Werte werden die Problematik seiner Argumentationsweise und die ihr zugrunde liegende ideologische Motivation deutlich. HaCohen behauptet, sich nur in den letzten drei Abschnitten seines Vortrags mit der Wertedimension zu befassen. Allerdings nehmen wertorientierte Argumente bei HaCohen wesentlich mehr Raum ein als sachliche Gründe, zwischen denen er zudem nicht sauber trennt.<sup>81</sup> HaCohen geht zunächst sehr ausführlich auf Igaël Allons Plan und die von Allon herausgearbeiteten, auf ganz Israel verteilten lebensnotwendigen Punkte ein, die aus fremden Händen in den Besitz des jüdischen Volkes überführt werden sollten. Hierbei handelt es sich eindeutig um eine wertorientierte Argumentation. Desweiteren befürwortet HaCohen die Mobilisierung ziviler Siedlungen bei der Verteidigung des Landes. Dabei hat er die Eroberung weiterer Teile von Eretz Israel vor Augen. Auch dies ist ein wertorientiertes Argument. Zwar könnte HaCohens angestrebte territoriale Ausweitung für die Gründung neuer Siedlungen sprechen, ist aber für sich genommen keine Antwort auf die Frage, ob Siedlungen dem Staat mehr Sicherheit bringen.

In dem fachlich-sachlichen Teil seines Vortrags bezweifelt HaCohen die Prämisse, dass kürzere Verteidigungslinien in Judäa und Samaria im Sicherheitsinteresse Israels liegen. Eine größere Anzahl von Berührungspunkten könne für die stärkere Seite sogar von Vorteil sein, denn dort könne Israel sich seiner Stärke bedienen. Die Befürworter des einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen hätten sich 2005 viel von einer Verkürzung der Verteidigungslinien versprochen, ruft uns HaCohen ins Gedächtnis. Allerdings belegt er nicht, weshalb deren damalige Haltung seine heutige Position bestärken soll. HaCohen scheint vor allem auf die negative öffentliche Meinung gegenüber den Konsequenzen von Israels einseitigem Rückzug aus dem Gazastreifen zu vertrauen, um die Argumente derer zu zerschlagen, die damals für den Rückzug gewesen sind.<sup>82</sup> Das Resultat des Rückzugs aus dem Gazastreifen würde nämlich, wie oben ausgeführt, ausgerechnet die Position derer stärken, die sich für eine Verkürzung der Grenzl意思en aussprechen. Seit dem israelischen Rückzug aus dem Gaza-

<sup>79</sup> Für ein Beispiel zur Position der Rechten in diesem Zusammenhang siehe: Meida Webseite: „Hoffnung, nicht Verzweiflung führt zu Terror“, Oktober 2016: <http://bit.ly/2mSClyX>.

<sup>80</sup> Gershon HaCohen, „Was ist an nationaler Sicherheit national?“, University on Air, Modan Verlag und Verteidigungsministerium, 2014, S.99.

<sup>81</sup> Ebd. S. 110.

<sup>82</sup> Ebd., ebed.

streifen im Jahr 2005 ist die Zahl der Israelis, die Opfer von Terroranschlägen aus dem Gazastreifen geworden sind, nämlich um 60 Prozent zurückgegangen.<sup>83</sup> Das von HaCohen angeführte Argument gegen eine Verkürzung der Grenzlinien stammt übrigens aus einem anderen Kontext, bei dem es um militärische Auseinandersetzungen geht, bei denen sich Armeen gegenüber stehen. Dies ist jedoch nicht das Problem, mit dem sich die IDF in Judäa und Samaria auseinandersetzen hat. Im Westjordanland muss die IDF die vielen zivilen Punkte entlang einer langen Grenzlinie schützen, die alle lebenswichtig sind und von denen kein einziger vernachlässigt werden darf.<sup>84</sup>

Die Gefahren für das israelische Hinterland seien vielschichtig. Deshalb bedürfe es einer zivilen Bereitschaft. Im fachlich-sachlichen Teil seiner Ausführungen unterstreicht HaCohen in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die Siedlungen in Sicherheitsfragen zukommt. Die Annahme, die IDF könne sich den Sicherheitsbedrohungen allein stellen, sei falsch. HaCohens Einschätzungen basieren allesamt auf seiner kategorischen Weigerung, zwischen zivilen Auseinandersetzungen und militärischen Kämpfen zu trennen. Seine Aussagen sind allgemeiner Natur und sprechen von der Bereitschaft des Hinterlands, statt sich spezifisch auf die Siedlungen im Westjordanland zu beziehen.

HaCohens Argumente entstammen keiner fundierten, rationalen Sicherheitskonzeption, sondern sind Teil einer von Werten geprägten Position. Zwar liege die Aufgabe von Sicherheitskräften in demokratischen Ländern beim Schutz von Zivilisten, denen ein Leben in Frieden ermöglicht werden soll. Doch widerspricht HaCohen dieser in allen westlichen Ländern üblichen Sichtweise wenig später, indem er die Verwischung ziviler und militärischer Verantwortungsbereiche befürwortet.<sup>85</sup>

HaCohens Vortrag führt in eine ideologische Debatte über die Rolle des Staates. Hat der staatliche Rahmen seinen Bürgern zu dienen oder haben die Bürger ihrem Staat zu dienen? Im Rahmen ihres Pflichtwehr- und Reservedienstes verbringen Israelis viele Jahre ihres Lebens mit der Wahrung der Sicherheit ihres Landes. Sollte nicht der Staat in den verbleibenden Teilen ihres Lebens dafür sorgen, dass sie sich frei entwickeln können? Sicherlich sollten sie nicht auch noch den Rest ihres zivilen Lebens mit der Unterstützung des Militärs verbringen.

Die Siedlungen, so HaCohen, ergänzen die Truppen. Sie haben vor allem da ihre Funktion, wo die IDF außerstande ist, die Gebiete zu halten. Siedlungen würden eine ‚Libanonisierung‘ der Westbank verhindern, womit HaCohen das Heranwachsen eines starken Feindes meint, der die Mobilität in den Gebieten erschwere. Die Siedlungen gewährleisten eine Kontrolle über die Westbank, die die IDF aufgrund begrenzter Truppenstärke nicht leisten kann. Die IDF kann vor Ort nicht die erforderliche Präsenz demonstrieren. Und ohne die Präsenz von Zivilisten würden an Verkehrsachsen Sprengsätze gelegt werden, wie das im Südlibanon der Fall gewesen ist.

*Bei HaCohens Sicherheitsargumenten handelt es sich im Grunde um in eine Sicherheitssprache verpackte ideologische Argumente. Seine restlichen Argumente basieren entweder auf irrelevanten Vergleichen oder lassen sich faktisch nicht belegen.*

Für HaCohen unterscheidet sich die Lage der Westbank von der Situation im Libanon vor allem durch die Präsenz israelischer Zivilisten. Sonstige, ganz wesentliche Unterschiede, die es der Hisbollah möglich gemacht haben, die von der israelischen Armee benutzten Verkehrswege mit Sprengsätzen zu versehen, werden ignoriert. So hat Israel im Südlibanon beispielsweise nicht über geheimdienstliche Informationen wie in der Westbank verfügt. Denn Zadal, die südlibanesischen Armee, mit der Israel mit Südlibanon zusammengearbeitet hat, hat das Land nicht beherrscht. Außerdem hat die israelische Armee nicht den gesamten Libanon, sondern nur einen schmalen Sicherheitsstreifen im Süden besetzt. Im Gegensatz zum Libanon sind die palästinensischen

<sup>83</sup> Die Gegner des Rückzugs aus dem Gazastreifen stellen einen Bezug zwischen der Tsuk Eitan Offensive und ihren schlimmen Folgen her. Diese Schlussfolgerungen sind nicht so zwangsläufig, wie sie glauben machen. Offensive und Kriegsverlauf sind eher auf das Verhalten der israelischen Regierung in nächster Vergangenheit zurückzuführen. Siehe auch Artikel von Assaf Sharon: „Tsuk Eitan. Das Ende der Illusion des Konfliktmanagements“, <http://bit.ly/ixTtybT>. Siehe auch Ben Sasson Gordis: „Die Sicherheitsbilanz des Rückzugs aus dem Gazastreifen.“ <http://bit.ly/2bhoxM>.

<sup>84</sup> Oberstleutnant Avi Dehan: „Verteidigung im Zeitalter kleinerer Konfrontationen“, August 2005. <http://bit.ly/2nHibu>.

<sup>85</sup> HaCohen, S. 102.

Streitkräfte die wesentliche Macht der Westbank, die selbst in politisch höchst angespannten Zeiten konsequent mit Israel zusammenarbeitet.<sup>86</sup> Hinzu kommt, dass die terroristische Infrastruktur in der Westbank sehr schwach ist und die IDF überall dort, wo es notwendig ist, aktiv wird. Im Anschluss an die Neustrukturierung wird es Aufgabe der israelischen Sicherheitskräfte sein, die gegenwärtig in den Gebieten herrschende Situation zu stärken, um nicht wieder bei Null anzufangen. Die IDF profitiert heute von den im Allon-Plan genannten Punkten. Sie werden auch nach der zivilen Umstrukturierung entlang des hier vorgeschlagenen Modells weiterbestehen.<sup>87</sup> Angenommen, dass HaCohens Argumentation zutreffen sollte und dass die Existenz bestimmter Siedlungen Israel einen taktischen Vorteil gibt, so ließen sich dort solange noch Soldaten stationieren, wie Israel noch die Gebiete kontrolliert.

Der Norden von Samaria kann uns als Testfall dienen. Dort hat die Reduzierung der Siedler nicht zum Anstieg von Terror geführt. Während der Zweiten Intifada war Jenin Zentrum der Selbstmordattentäter und eines der Terrorzentren der Westbank. 2002, während der Operation Schutzwall, war die Stadt schwer umkämpft und Synonym für den palästinensischen Terror. Als sich Israel einseitig aus dem Gazastreifen zurückzog, wurden auch vier isolierte Siedlungen im nördlichen Samaria geräumt. Der Abzug der Siedler hat ein großes palästinensisches Gebiet geschaffen, in dem die IDF nun ohne die Präsenz der israelischen Zivilbevölkerung tätig ist. Aus der Zusammenarbeit zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde unter Salam Fayad ist 2008 das Modell Jenin entstanden. Jenin ist zu einem Vergnügungszentrum für Palästinenser und israelische Araber geworden. Der Terror ist drastisch gesunken.<sup>88</sup> „Jenin hat Modellcharakter“, schreibt die israelische Koordinierungsstelle in den Gebieten. „Die Stadt hat sich vom Terrorzentrum zu einer entwickelten Stadt mit vielen wirtschaftlichen und zivilen Verände-

rungen gewandelt.<sup>89</sup> Seit 2014 ist die absolute Ruhe, die die Region charakterisierte,<sup>90</sup> wieder etwas eingebrochen, doch hat der Terror in der Region nicht annähernd die Dimensionen wie zu Zeiten der Intifada. Sowohl die regionale Leitung wie auch die palästinensische Behörde kämpfen energisch gegen Anschläge auf Israel.<sup>91</sup> Anhand dieses Beispiels wird erkenntlich, dass nicht die Siedlungen in der Gegend von Jenin, sondern ihre Räumung den Terror bekämpft hat. Der Abzug der Siedler hat nicht zu vermehrten Angriffen auf israelische Soldaten oder Zivilisten geführt. Ganz im Gegenteil. Der Abzug der Siedler hat das Modell Jenin möglich gemacht und den Weg für wirtschaftliche, teils gemeinsame israelisch-palästinensische Projekte geebnet, die der Bevölkerung die Motivation, Anschläge in der Gegend zu verüben, genommen hat.

Viele von HaCohens Sicherheitsargumenten sind im Grund ideologischer Natur und nur im Sicherheitsjargon formuliert. Wenige seiner Argumente beziehen sich tatsächlich auf Sicherheitsaspekte. Damit nimmt er unter den Befürwortern der Siedlungen eine Sonderposition ein. HaCohens Darstellungen ziehen irrelevante Vergleiche (Libanon). Ihnen fehlt es an einer faktischen Grundlage (Jenin). Somit scheint es uns gerechtfertigt, dass wir uns mit diesem Dokument der Mehrheitsmeinung unter Sicherheitsexperten anschließen, die HaCohens Position nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhalts zurückgewiesen haben.

<sup>86</sup> *Defense News*: „Keeping ISIS Out Of Palestine“, Januar 2016. <http://bit.ly/1KnwsBq>

<sup>87</sup> Sollten weniger oder keine Palästinenser mehr nach Israel kommen, wird sich dies negativ auf das Sammeln nachrichtendienstlicher Informationen auswirken. Doch sobald die israelische Armee nicht mehr Hunderttausende von Siedler bewachen muss, wird sich auch der Bedarf an diesen Informationen ändern.

<sup>88</sup> *Reshet*: „Jenin: Von der Hauptstadt des Terrors zur Stadt der Markennamen“, April 2010. <http://bit.ly/2mSbytt>.

<sup>89</sup> *Nrg*: „Das Modell Jenin: Von Terrorzentrum zu aufblühender Stadt“, Juli 2010. <http://bit.ly/2mRMUZP>.

<sup>90</sup> <http://bit.ly/2nCQEq3>, *The Times of Israel*: Qabatiya finds itself back on the terror map“, Februar 2016.

<sup>91</sup> *Yedioth Ahronoth*: „Ohne Messer“, März 2017. <http://bit.ly/2odL85H>.